

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

Bei der "Kampfdemonstration" am 17. Januar 1988 anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg nahmen auch Ausreisewillige und Bürgerrechtler teil, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen. In einer Dienstbesprechung forderte Erich Mielke, dass auch die "Hintermänner" der Demonstranten die ganze Macht der Staatsgewalt zu spüren bekommen sollten.

Am 17. Januar 1988 fand anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die alljährliche "Kampfdemonstration" in Ost-Berlin statt. An der Veranstaltung, an der traditionell die Partei- und Staatsführung teilnahm, beteiligten sich nach Angaben des Neuen Deutschland "über 200.000" Menschen.

Teilzunehmen beabsichtigten auch über hundert Angehörige unabhängiger Menschenrechtsgruppen und Ausreisewillige. Ihre Transparente waren mit Luxemburg-Zitaten beschriftet wie "Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden" und "Wer sich nicht bewegt, spürt die Fesseln nicht". Bürgerrechtler forderten politischen Wandel in der DDR, Ausreisewillige, die ihren bislang erfolglosen Ausreiseantrag durchsetzen wollten, demonstrierten für das Recht auf Freizügigkeit.

Da die Gegendemonstranten bereits im Vorfeld die Öffentlichkeit suchten, war das Vorhaben den Sicherheitsorganen frühzeitig bekannt. Mit Drohungen, Versprechungen und Ausweisungen ergriffen sie Maßnahmen zur Absicherung der Kampfdemonstration bzw. zur Verhinderung "feindlicher" Handlungen. So wurden 150 Personen dahingehend beeinflusst, ihr Fernbleiben von der Gedenkveranstaltung schriftlich zuzusichern. Viele wurden in ihren Wohnungen festgehalten oder auf dem Weg zum Treffpunkt abgefangen. Dutzende Ausreisewillige wurden, zum Teil noch vor der Veranstaltung, in den Westen abgeschoben.

Die Staatssicherheitsorgane nahmen insgesamt über hundert Gegendemonstranten fest. Ein Großteil der Festgenommenen wurde, auch dank der Bemühungen der evangelischen Kirche und landesweiten Solidaritätsbekundungen, bald wieder freigelassen. Dennoch konnte nicht verhindert werden, dass am 25. Januar fünf Ausreisewillige zu Haftstrafen bis zu über einem Jahr verurteilt wurden. Insbesondere jene führenden Bürgerrechtler, die in der DDR bleiben wollten, bekamen die Härte des Regimes zu spüren. So kam es am 25. Januar zu einer zweiten Verhaftungswelle.

Bis zum 11. Februar wurden die inhaftierten Bürgerrechtler zwar wieder freigelassen - allerdings nicht in die DDR, sondern in die Bundesrepublik. Zwei Wochen später äußerte Mielke in einem Referat, dass es ihm nicht nur um die "Provokateure" vom 17. Januar gegangen sei. Vor allem die "Hintermänner" sollten die ganze Macht der Staatsgewalt zu spüren bekommen. Im Umgang mit aktiv agierenden Ausreisewilligen forderte er den Einsatz verschiedener Repressionsmethoden im Zusammenwirken mit der Volkspolizei.

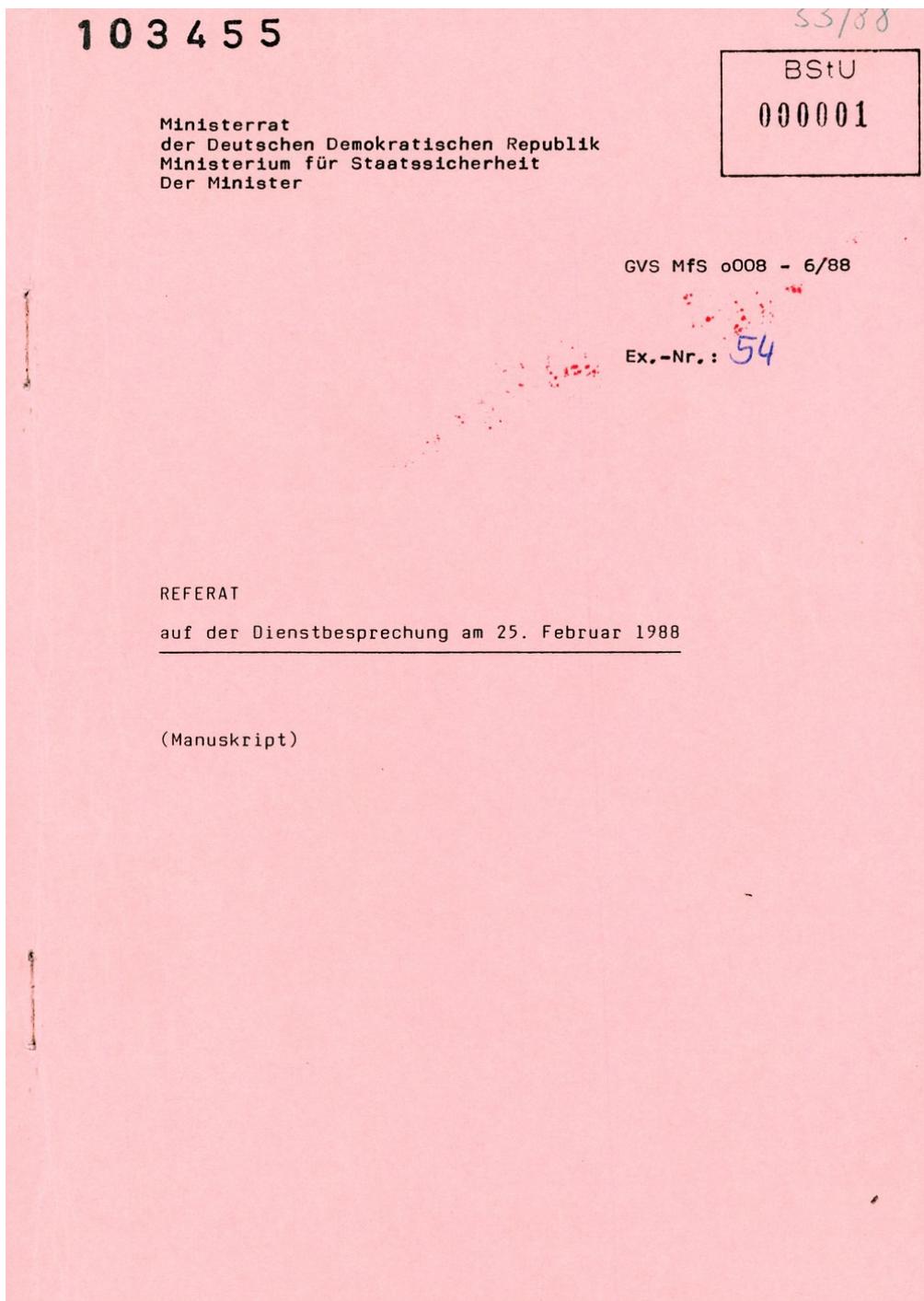
Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Metadaten

Diensteinheit: Minister für
Staatssicherheit

Datum: 25.2.1988

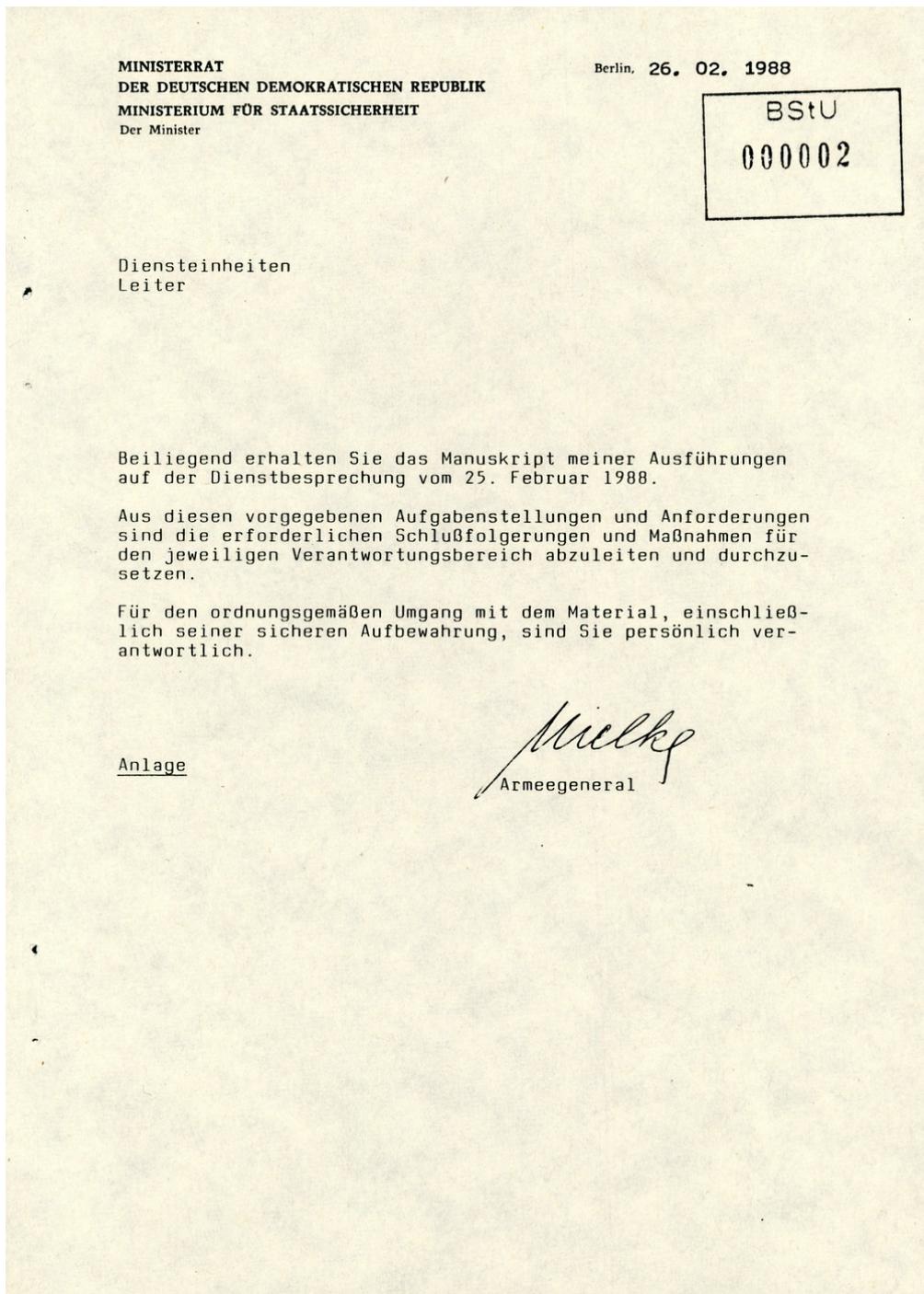
Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 1

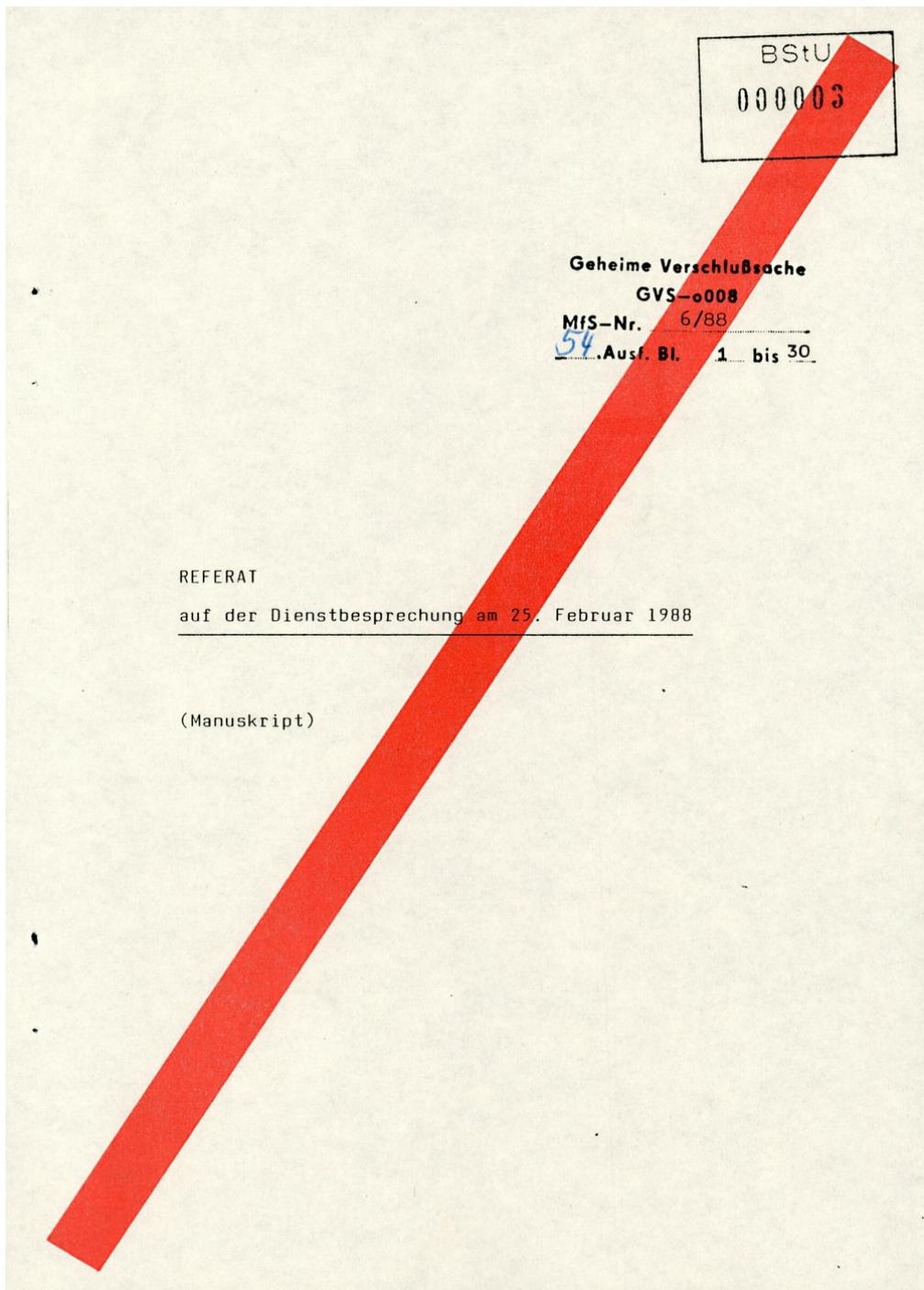
Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 2

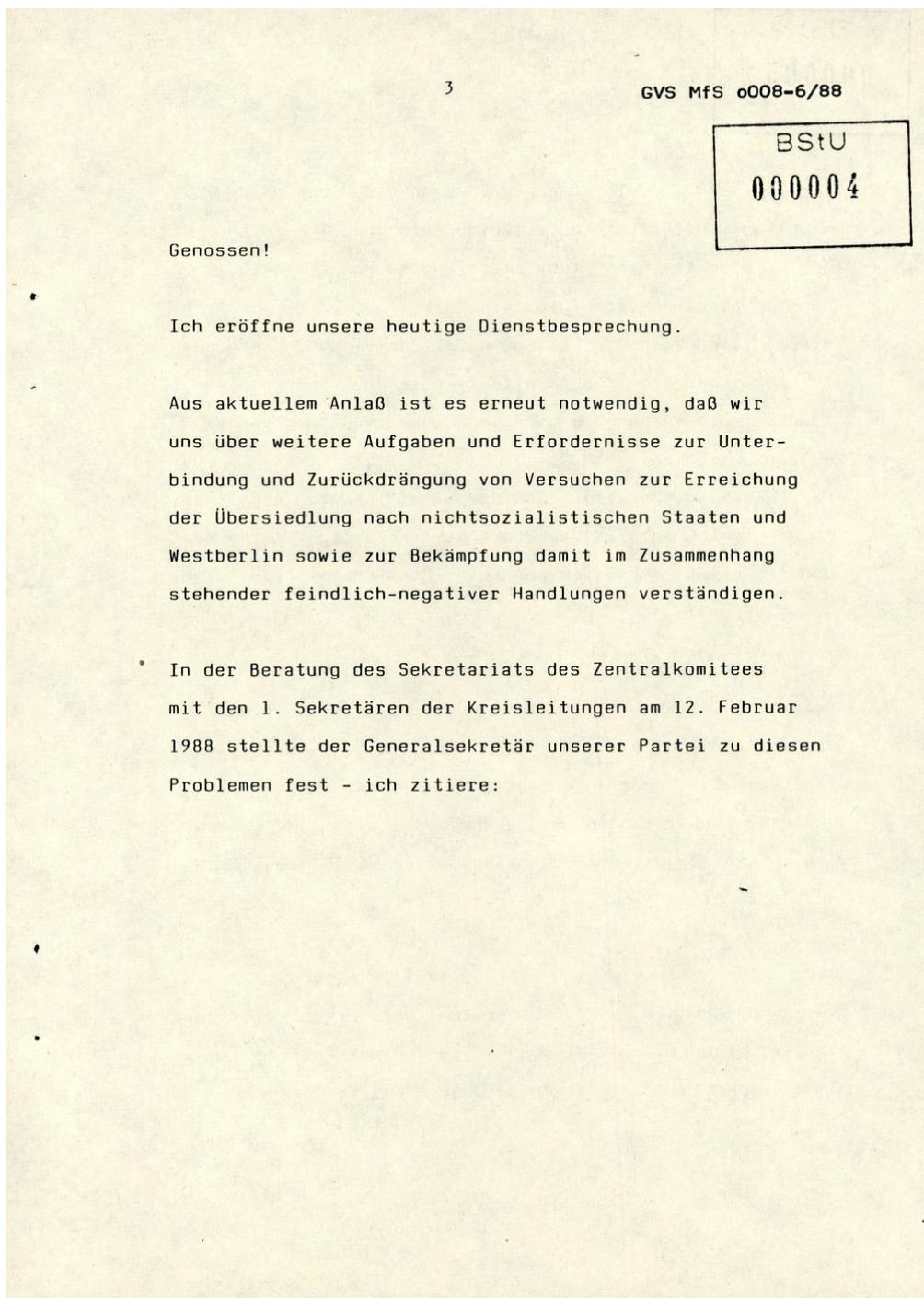
Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 3

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 4

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

BStU
000005

4

Nach unserer Beratung am 6. Februar 1987 haben alle Bezirks- und Kreisleitungen Maßnahmen beschlossen, um nicht gerechtfertigte Übersiedlungsersuchen in die BRD und nach Berlin (West) zurückzudrängen. Das bleibt auch künftig eine wichtige Aufgabe.

Hier sollten sich die Leitungen der Partei darauf konzentrieren, über die Arbeitskollektive einen größeren Einfluß auf die Vorbeugung und Zurücknahme von solchen Er suchten zu nehmen.

Das Entscheidende ist, jeden Bürger mit unseren Argumenten zu erreichen, auftretende Probleme frühzeitig zu erkennen und sie entsprechend den konkreten Möglichkeiten zu lösen.

(Ende des Zitats)

Damit wurde, anknüpfend an die vor einem Jahr gestellten Aufgaben, der konkrete Auftrag erteilt, unter Führung der Parteiorganisationen in den Bezirken und Kreisen und im Zusammenwirken mit den zuständigen staatlichen Organen und gesellschaftlichen Kräften noch wirksamere Maßnahmen zur Unterbindung und Zurückdrängung von Übersiedlungser suchen zu ergreifen.

Wir hatten bereits am 12. Februar 1987 in einer Dienstbesprechung gründlich darüber beraten, welche konkreten politisch-operativen Aufgaben ausgehend vom Auftrag des Generalsekretärs unserer Partei durch uns zu lösen sind.

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

5 GVS MfS o008-6/88

BStU
000006

In meinem Schreiben vom 22. Juni 1987 habe ich unter Beachtung Eurer Vorschläge weitergehende Aufgaben dazu gestellt, die auch zukünftig die verbindliche Grundlage unserer Arbeit bilden.

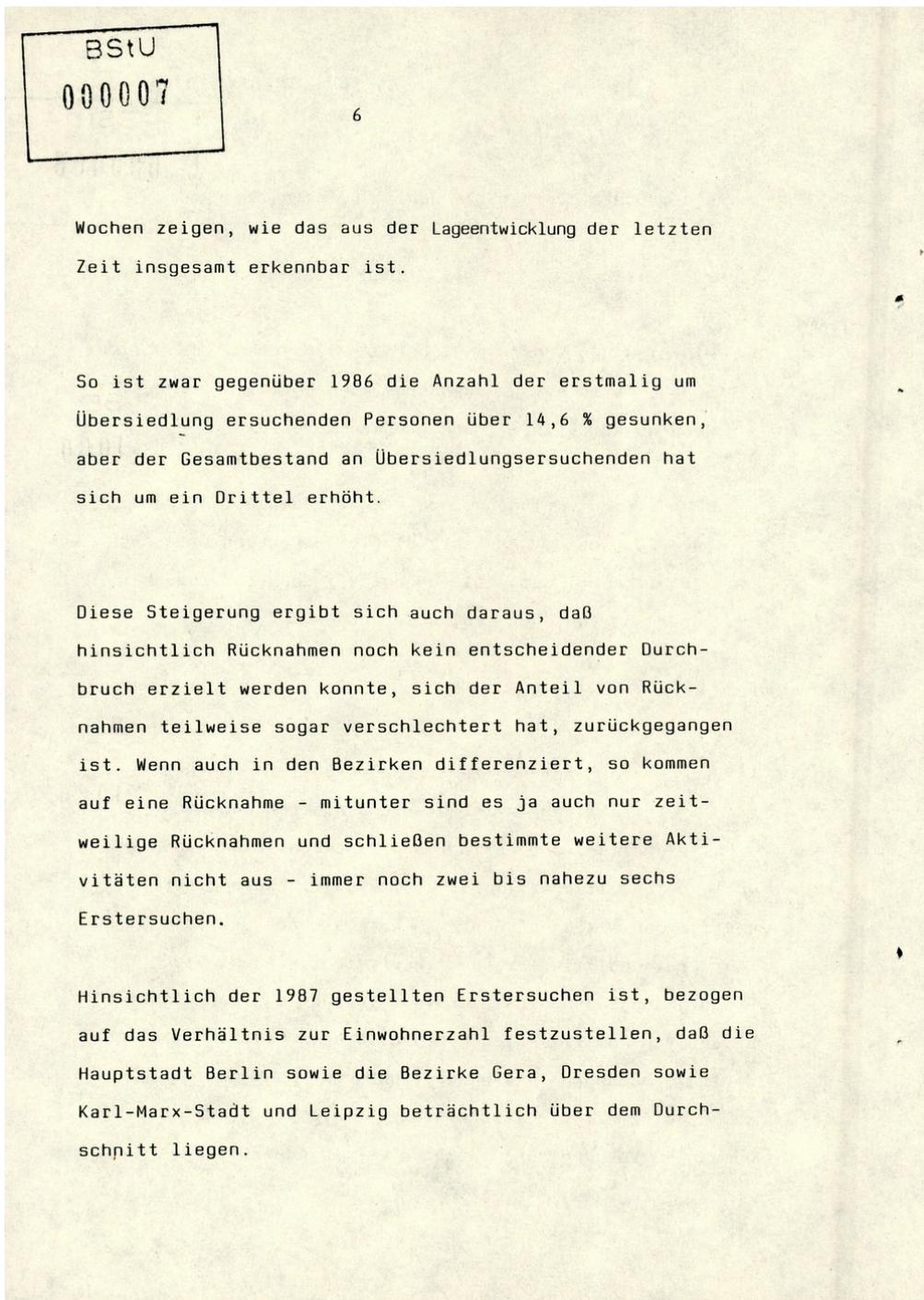
Der Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei erließ ebenfalls entsprechende Weisungen (10. Änderung zur Ordnung Nr. 0118/77) und gab das Material

"Zur Verantwortung und zu den Aufgaben der Leiter der Kombinate, Betriebe, Einrichtungen und Genossenschaften bei der weiteren Unterbindung und Zurückdrängung von Übersiedlungsersuchen"

heraus.

Im Ergebnis der auf den zentralen Orientierungen basierenden vielfältigen Aktivitäten und Anstrengungen der Diensteinheiten, der Partner des Zusammenwirkens und weiterer gesellschaftlicher Kräfte unter Führung der Parteiorganisationen konnten im Verlaufe des Jahres 1987 zwar erste positive Ergebnisse erreicht werden. Sie haben jedoch noch nicht zu einer Veränderung der außerordentlich komplizierten Lage auf diesem Gebiet mit allen damit verbundenen Auswirkungen geführt. Im Gegenteil, die Lage hat sich weiter erheblich verschärft, wie die bekannten Vorgänge und Vorkommnisse in den letzten

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 7

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

7 GVS MfS 0008-6/88

BStU
00008

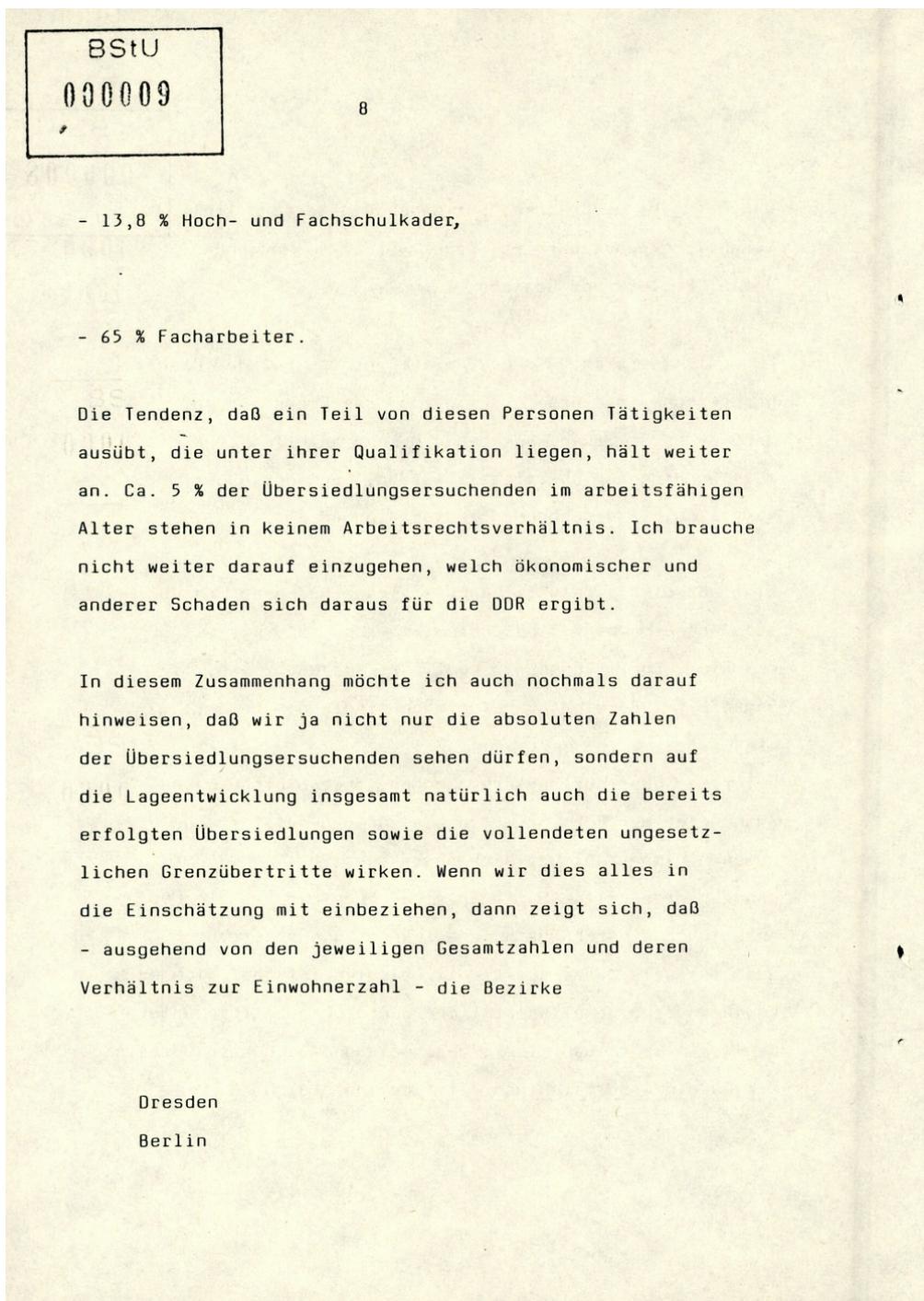
Dagegen gibt es Bezirke, bei denen dieses Verhältnis wesentlich günstiger ist, wobei vor allem Magdeburg, Halle, Rostock und Cottbus zu nennen sind.

Es bestätigt sich aufs neue meine bereits auf der Dienstbesprechung im Februar 1987 getroffene Einschätzung, daß in den Bezirken, aus denen bisher anteilmäßig die meisten Personen übersiedelt wurden, auch der höchste Anteil an Erstersuchenden zu verzeichnen ist.

Einfluß auf die Entwicklung des Gesamtbestandes an Übersiedlungsersuchenden hat natürlich auch, daß wir mit dem Ziel, Sogwirkungen möglichst auszuschalten, 1987 gegenüber 1986 die Anzahl der Übersiedlungen um mehr als ein Drittel verringert haben.

Unter den Übersiedlungsersuchenden, aber gleichermaßen auch unter den Personen, die die DDR ungesetzlich verlassen haben - diese Zahl hat sich gegenüber 1986 mit 98,8 % nahezu verdoppelt - befinden sich erneut in erheblicher Anzahl Hoch- und Fachschulabsolventen und andere hochqualifizierte Kader aus wichtigen volkswirtschaftlichen sowie anderen gesellschaftlichen Bereichen. Allein unter den erstmals im Jahr 1987 übersiedlungsersuchenden Bürgern der DDR im arbeitsfähigen Alter befinden sich

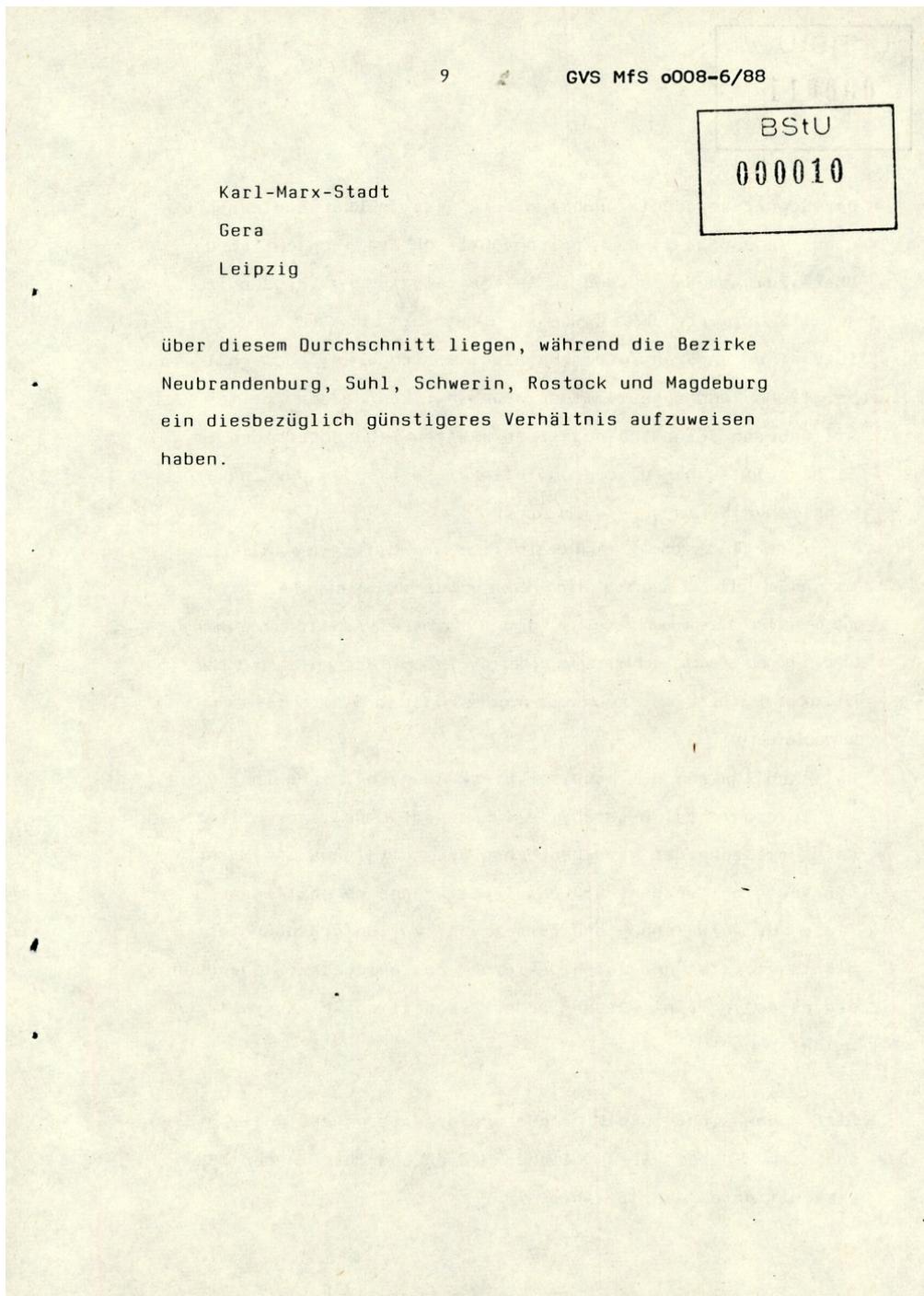
Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 9

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 10

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

BStU
000011

10

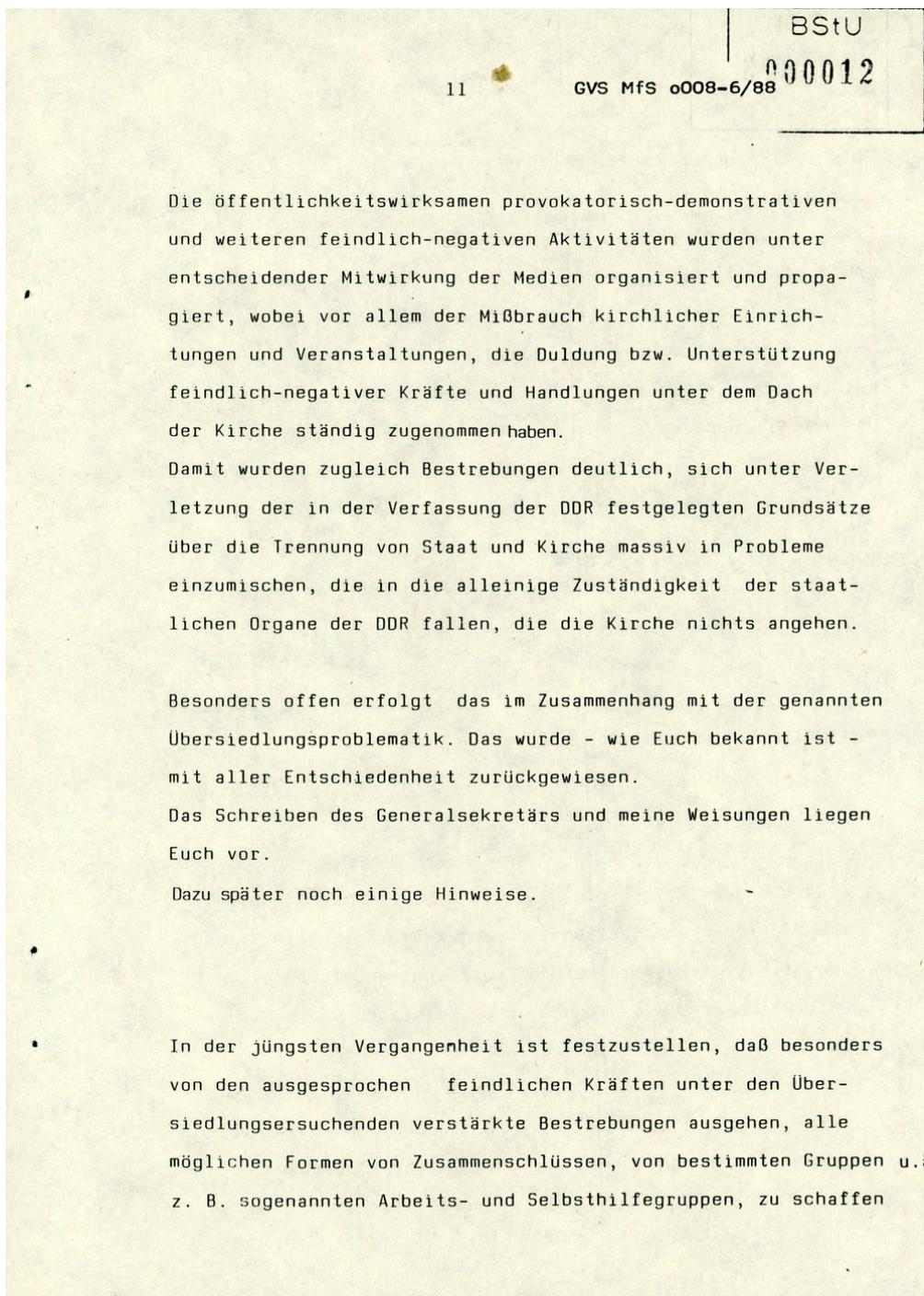
Der Gegner versucht zunehmend, die gesamte Übersiedlungsproblematisierung und damit auch das beachtliche Kräftepotential der Übersiedlungssuchenden in sein strategisches Vorgehen zur Destabilisierung der DDR einzuordnen. Dabei zeigt sich, daß der Gegner bestrebt ist, einen engeren Zusammenschluß, ein engeres, möglichst einheitliches und abgestimmtes Zusammenwirken dieser Kräfte mit anderen feindlich-negativen Kräften - besonders den im Sinne politischer Untergrundtätigkeit wirkenden und reaktionären kichlichen Kreisen - zu erreichen.

Es geht dem Gegner darum, eine breite Front von Kräften zu mobilisieren, die sich in offener Konfrontation gegen unsere sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung stellen, die zu öffentlichkeitswirksamen Handlungen gegen unsere Rechtsordnung übergehen, dabei teilweise mit hoher Risikobereitschaft und zunehmender Aggressivität vorgehen und uns damit herausfordern.

Damit soll nicht nur massiver Druck ausgeübt, sondern die DDR international diskreditiert und verleumdet, vor allem der Verletzung der Menschenrechte bezichtigt und zum Nachgeben veranlaßt werden. Daß damit weitergehende politische Ziele zur Aufweichung und Zersetzung, zur Untergrabung der Staatsautorität und zur Blockierung des weiteren Entspannungsprozesses verfolgt werden, bedarf sicherlich keiner weiteren Erläuterung.

Eine maßgebliche inspirierende und organisierende Rolle nahmen und nehmen dabei die westlichen Medien und ihre in der DDR akkreditierten Vertreter ein.

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 12

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

BStU
000013 12

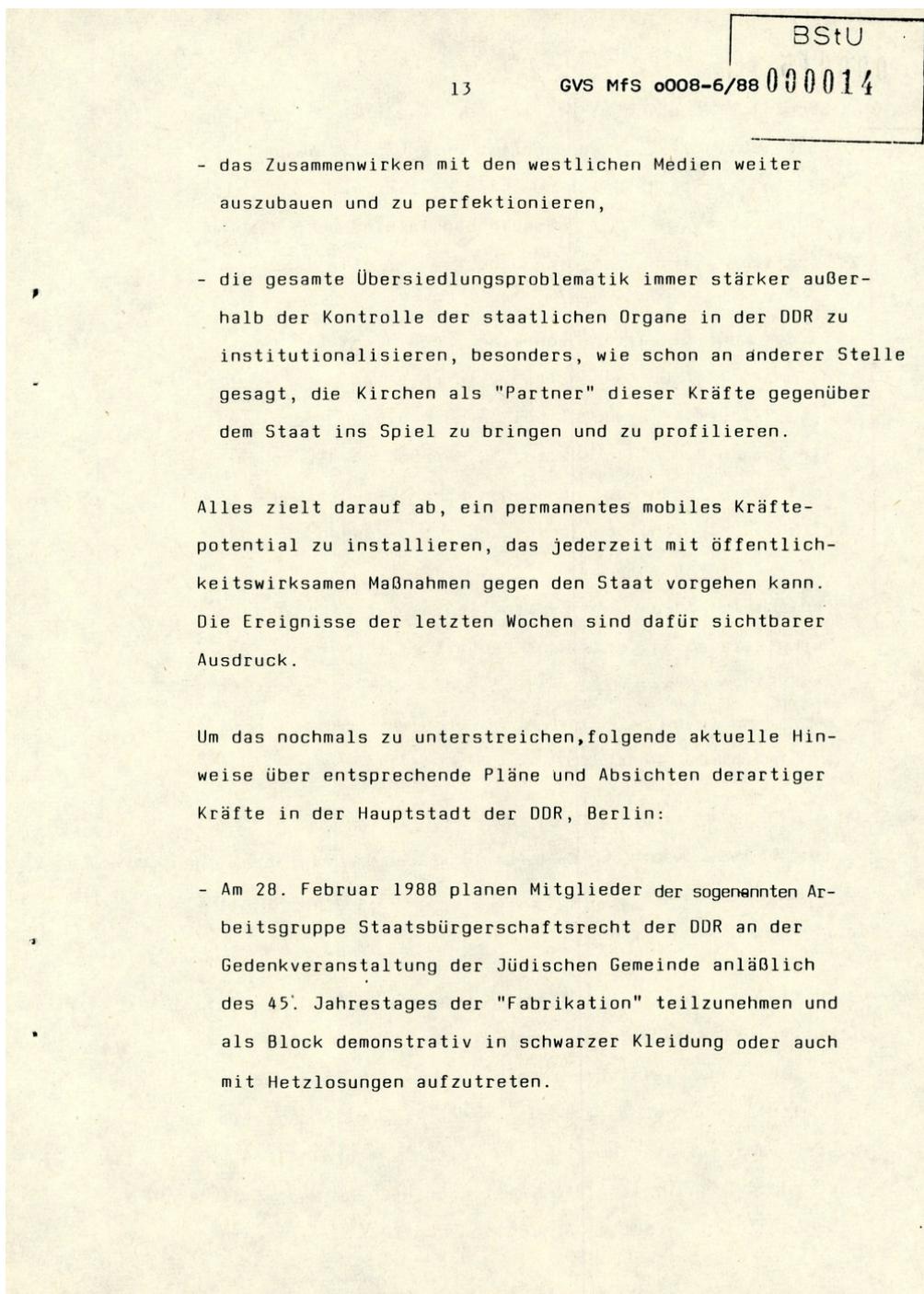
bzw. durch gezielte Verbreitung von Hinweisen über beabsichtigte Aktivitäten, z. B. sogenannte Schweigedemonstrationen und -spaziergänge, Veranstaltungen in kirchlichen, aber auch öffentlichen Gebäuden, eine Zusammenführung und gegenseitige Mobilisierung derartiger Personen zu erreichen. Im Sinne politischer Untergrundtätigkeit wirkende Feinde nutzen einerseits die Bereitschaft und Entschlossenheit von Provokateuren und anderen Elementen unter den Übersiedlungsersuchenden zur Verstärkung ihrer Basis und ihres Einflusses während andererseits von den Übersiedlungsersuchenden die ihnen von diesen Kräften gebotenen Möglichkeiten zu Versuchen organisierter öffentlicher Druckausübung zur Erzwingung von Übersiedlungen genutzt werden.

Das Zusammenspiel dieser feindlich-negativen Kräfte hat damit teilweise eine völlig neue Dimension angenommen.

Ich verweise nur auf die Bestrebungen,

- eine wechselseitige Kommunikation - bis hin zu konspirativen Verbindungen - aufzubauen, immer stärker überörtlich abgestimmt wirksam zu werden, möglichst an vielen Orten entsprechende Provokationen zu organisieren und - wie sie es nennen - einen "Flächenbrand" auszulösen,
- Aktionen unter Teilnahme von Kräften aus möglichst vielen Bezirken zu organisieren und durchzuführen, sich dabei gegenseitig zu unterstützen, wechselseitig an solchen Vorhaben teilzunehmen,

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 14

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

B510
00015 | 14

- Ebenfalls wird von Mitgliedern der gleichen Arbeitsgruppe beabsichtigt, sich jeden Montag zwischen 18.00 und 19.00 Uhr in der Straße Unter den Linden/Friedrichstraße als "normale Passanten" zu sammeln und in eindeutig demonstrativer Absicht zum Brandenburger Tor zu marschieren;

- Vorgesehen ist weiter, von einem noch nicht näher bestimmten Treffort demonstrativ geschlossen zum Grenzübergang Friedrich-/Zimmerstraße zu marschieren. Dabei kalkuliert man, daß die Grenztruppen der DDR auf Grund der in einem solchen Fall gegebenen hohen Öffentlichkeitswirksamkeit nicht dagegen einschreiten können;

- geplant ist ferner, in Berlin-Treptow auf einem der Parkplätze am Sowjetischen Ehrenmal einen Reisebus aus den USA - es kann durchaus auch ein anderer Bus sein - zu "besetzen" und darin Briefe, Auflistungen und andere Dokumente der Arbeitsgruppe zu hinterlassen.

Auf all solche Aktivitäten muß man eingestellt, müssen unsere Kräfte vorbereitet sein. Jeden Hinweis, jede Meldung über derartige Pläne und Absichten muß man ernst nehmen, muß sie weiter aufklären und entsprechend vorbeugend handeln.

Damit wollte ich nur noch einmal verdeutlichen: Diese Kräfte versuchen alles zu nutzen, schrecken vor keiner Gemeinheit zurück, um ihre Ziele durchzusetzen. Das erfordert auch von uns, nichts außer acht zu lassen, immer wieder neu zu prüfen, wo sie eventuell bestimmte Möglichkeiten wittern. Allen entsprechenden Signalen ist ernsthaft nachzugehen, und mit aller Konsequenz sind derartige Absichten rechtzeitig zu verhindern.

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 15

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

BStU
00016
GVS MFS o008-6/88

15

In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen - diese Feststellungen werden in allen Bezirken getroffen - daß Übersiedlungsersuchende unter Bezugnahme auf die Ereignisse am 17. Januar 1988 in der Hauptstadt zunehmend aggressiver und provokatorischer auftreten, um die Genehmigung von Übersiedlungen durchzusetzen.

Das alles unterstreicht den Ernst und die Gefährlichkeit der Situation. Es ist also dringlicher denn je, mit den gebotenen Mitteln gegen diese massierten Bestrebungen des Gegners und anderer feindlich-negativen Kräfte in der DDR vorzugehen, die von ihnen verfolgten Ziele und Absichten zu durchkreuzen und entschiedener gegen Provokateure, Organisatoren und Rädelsführer vorzugehen, weitere Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten im Keime zu ersticken bzw. möglichst vorbeugend zu verhindern.

Dringend erforderlich ist es, die politisch-operativen und gesamtgesellschaftlichen Anstrengungen wesentlich zu erhöhen, um eine weitaus größere Wirksamkeit bei der Unterbindung und Zurückdrängung von Übersiedlungsersuchen zu erreichen, um politischen und ökonomischen Schaden von der DDR weitgehend abzuwenden.

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

BStU
000017

16

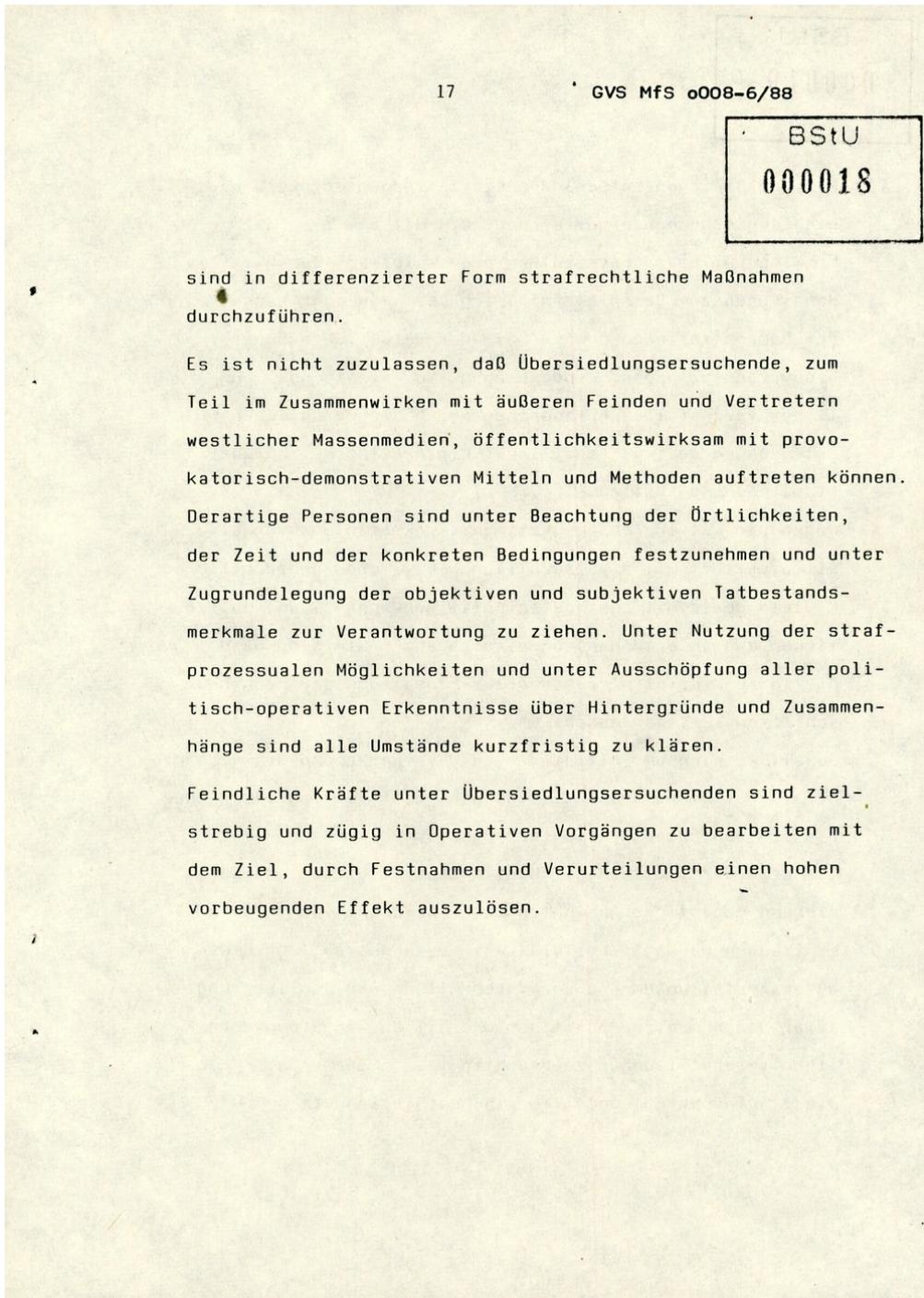
Dazu wurden auf der Sitzung des Politbüros am 16. 2. 1988 und nachfolgend bestimmte Entscheidungen getroffen und Aufgaben gestellt, die mit die Grundlage für die nachfolgende Erläuterung von Aufgaben und Orientierungen für unsere Diensteinheiten bilden. Diese Festlegungen sind die verbindlichen Richtlinien für unsere Arbeit.

Konsequent und unter differenzierter Anwendung aller rechtlichen Mittel ist gegen Personen vorzugehen, die unter Mißachtung der sozialistischen Rechtsordnung mit staatsfeindlichen Handlungen oder durch andere feindlich-negative Aktivitäten ihre Übersiedlungsabsichten durchzusetzen versuchen.

Das heißt, gegen Personen

- die als Provokateure auftreten, die mit provokatorisch-demonstrativen Handlungen, mit spektakulären Mitteln öffentlich in Erscheinung treten bzw. zu treten versuchen;
- die als Organisatoren, Rädelsführer und Initiatoren von Zusammenschlüssen, besonders sogenannter Staatsbürgerschafts- und Selbsthilfegruppen sowie anderer entsprechender Zusammenschlüsse von Übersiedlungsersuchenden in Erscheinung treten, dabei andere zu Straftaten, öffentlichkeitswirksamen provokatorisch-demonstrativen und anderen die öffentliche Sicherheit und Ordnung störenden Handlungen anstiften

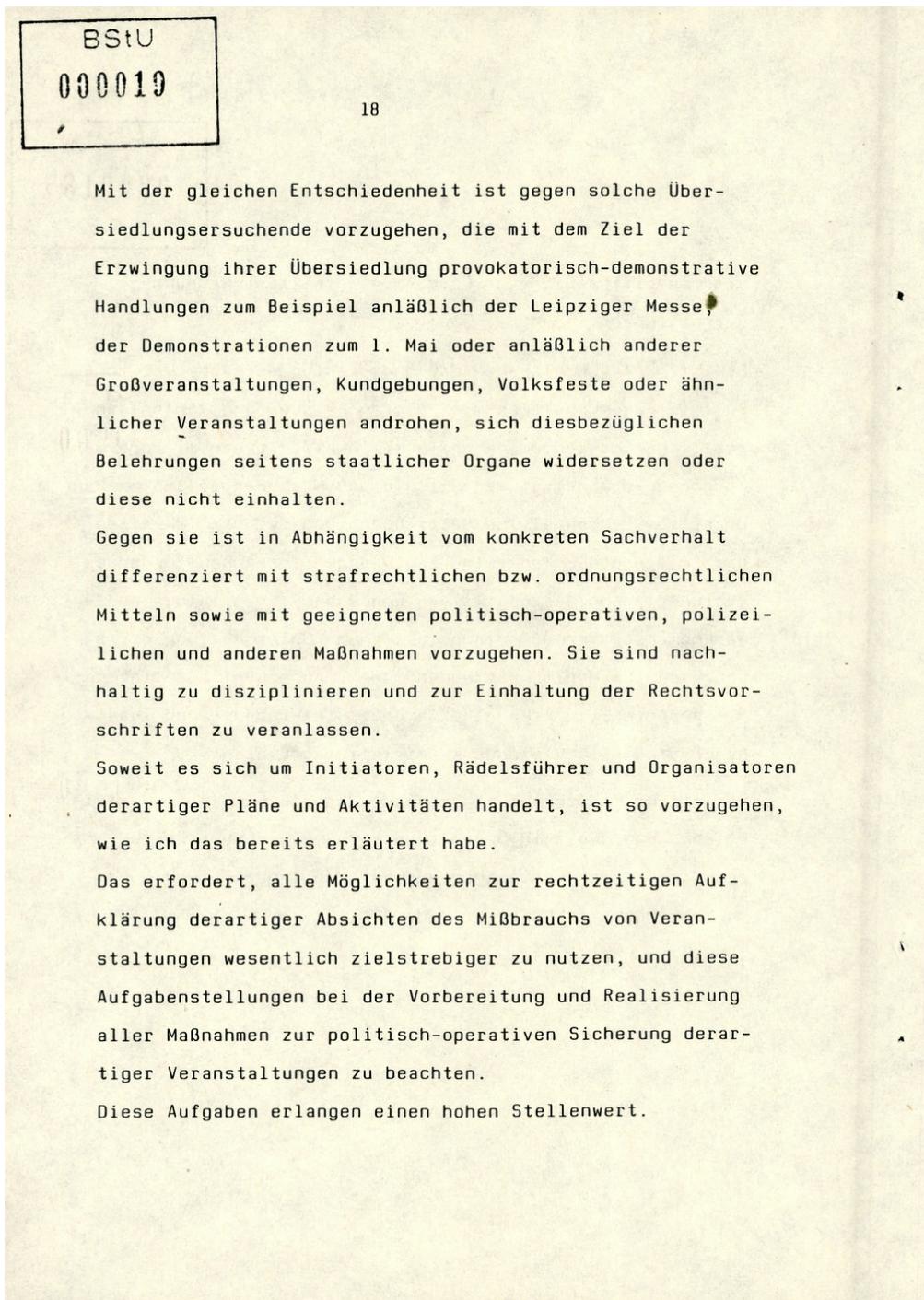
Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 18

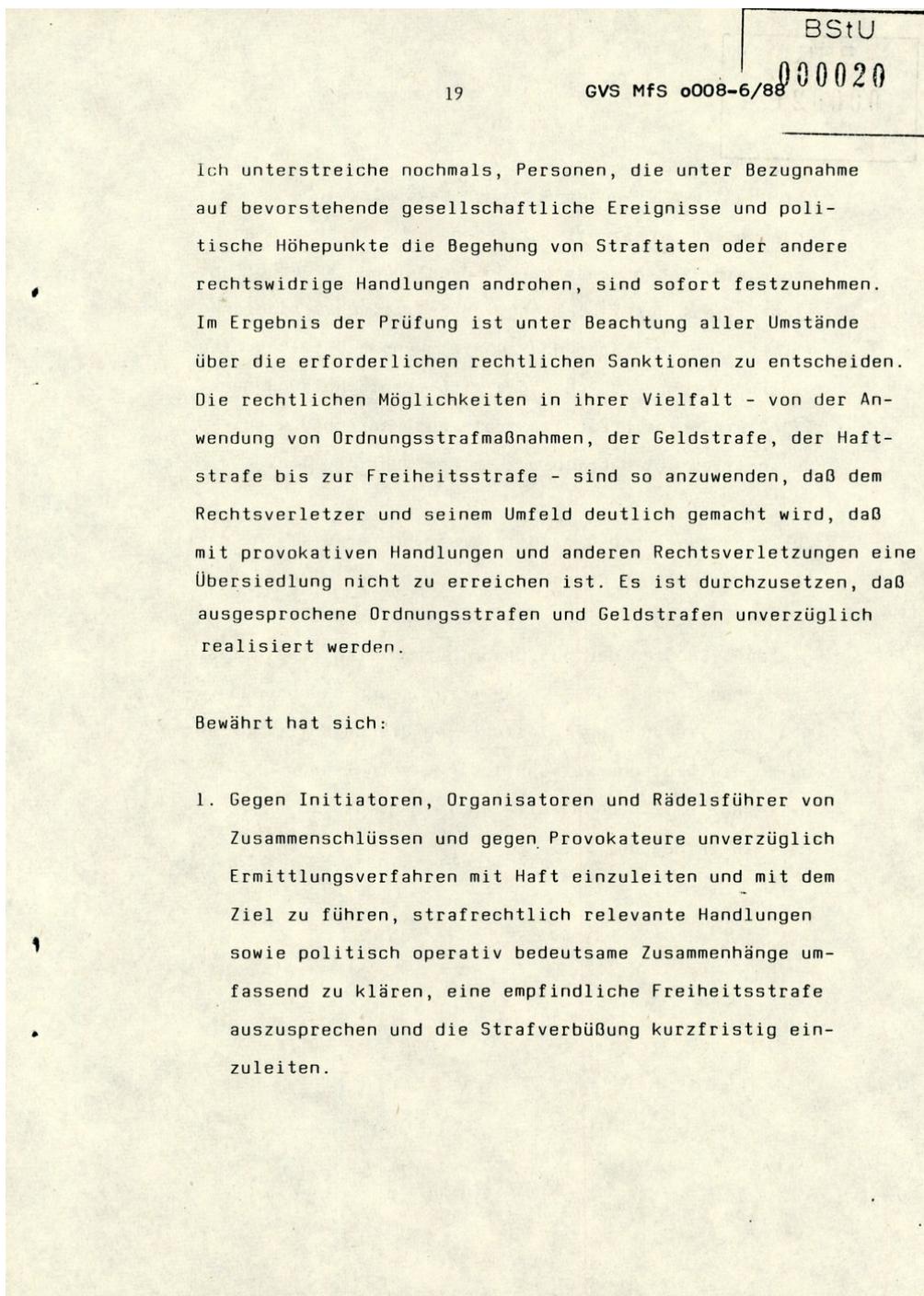
Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 19

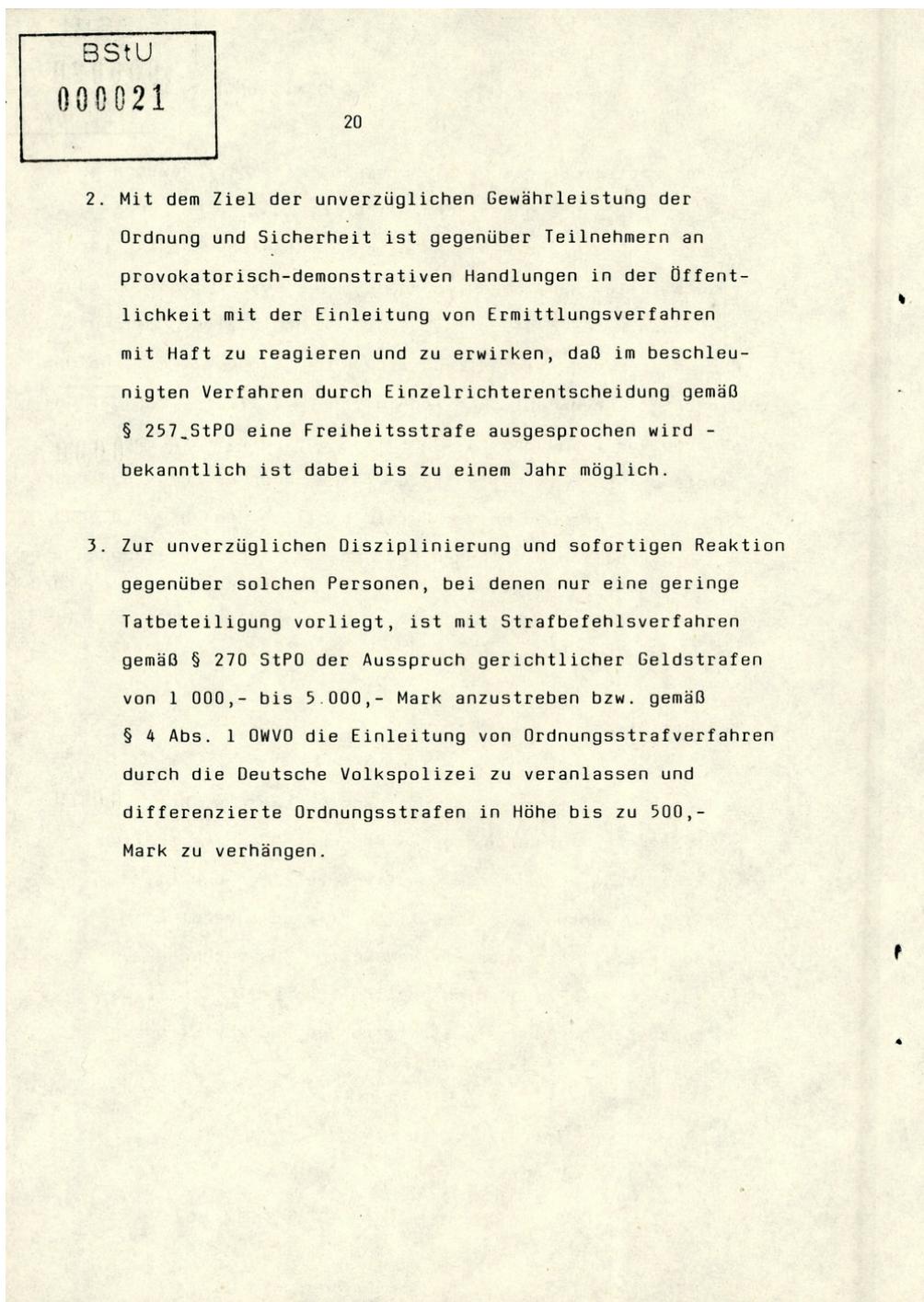
Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 20

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 21

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

BStU
GVS MfS 0008-6/88 000022

21

Genossen!

Um insgesamt eine höhere Wirksamkeit bei der Disziplinierung von Übersiedlungser suchenden zu erreichen, ist es erforderlich, eine engere Einbeziehung der zuständigen Leiter in Betrieben, Einrichtungen und Genossenschaften und weiterer gesellschaftlicher Kräfte, insbesondere der Arbeitskollektive, zu erreichen.

Im engen und kameradschaftlichen Zusammenwirken mit der Deutschen Volkspolizei sind weiter Belehrungen, Verwarnungen bzw. Beauflagungen bei solchen Personen anzuwenden, deren Handlungen unter der Grenze der strafrechtlichen Relevanz liegen. Das betrifft besonders die Personen, die nach den Ereignissen vom 17. Januar 1988 in der Hauptstadt oder in anderen Orten der DDR an den bekannten Veranstaltungen teilgenommen bzw. Verbindung zu dem Kontaktbüro aufgenommen haben. Diese Personen sind Euch bekannt, soweit sie identifiziert werden konnten.

Das betrifft beispielsweise auch solche Personen, die wiederholt aus anderen Orten mit Kraftfahrzeugen nach Berlin reisten, um an derartigen Veranstaltungen teilzunehmen.

An diesen Personen muß ebenfalls weiter drangeblieben werden, ihr weiteres Verhalten ist mit geeigneten Mitteln unter Kontrolle zu halten, um rechtzeitig zu erkennen, wer davon wieder aktiv zu werden versucht, wer erneut an provokatorisch-demonstrativen Handlungen teilnimmt o. ä. Dann ist sofort zuzugreifen, sind diese Personen festzunehmen. Das hat auch dann zu erfolgen, wenn nachträglich Fakten über ihre aktive Rolle bei Provokationen bekannt werden.

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

BStU
000023

22

Gemeinsam mit der DVP sind auch die Anstrengungen zu erhöhen, um in den letzten Tagen und Wochen verstärkt begangene Hetzschriftenverbreitungen bzw. das Anbringen von Hetzparolen und andere Vorkommnisse aufzuklären. Es darf nicht zugelassen werden, daß solche Handlungen ungeklärt, die Täter unerkannt bleiben.

In den operativen Diensteinheiten ist eine exakte Übersicht zu den im Verantwortungsbereich wohnenden oder tätigen bzw. für die entsprechende Diensteinheit erfaßten Übersiedlungersuchenden zu gewährleisten, die im Zusammenhang mit dem 17. 1. 1988 und danach als Provokateure, Organisatoren oder aktive Teilnehmer provokatorisch-demonstrativer Handlungen aufgetreten sind. Zu erfassen sind besonders solche Übersiedlungersuchende,

- die sich in sogenannten Arbeitsgruppen Staatsbürgerschaftsrecht der DDR in Berlin und anderen Orten der DDR, Selbsthilfegruppen oder anderen Zusammenschlüssen bzw. alternativen Gruppen organisiert haben,

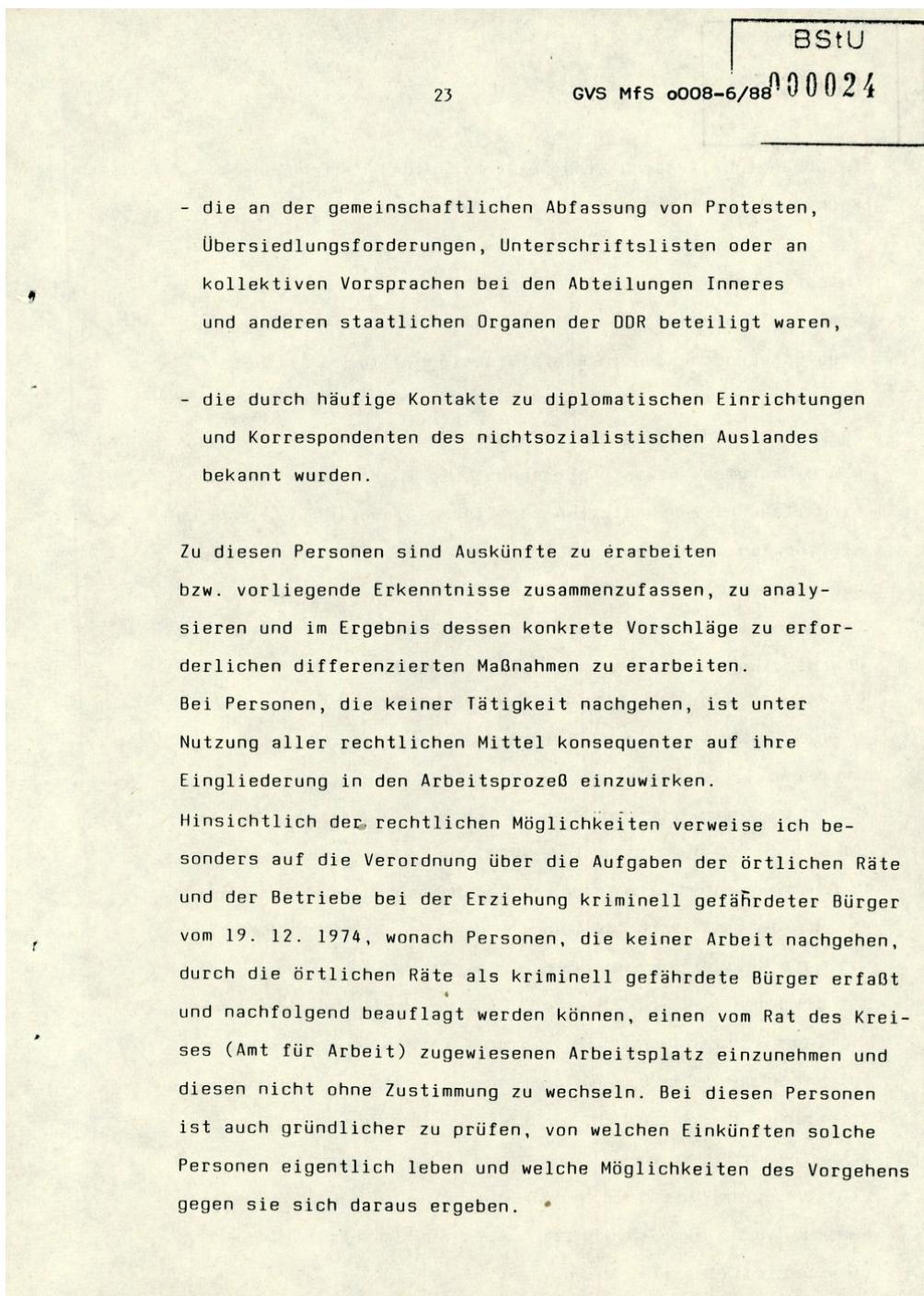
- die an deren Zusammenkünften oder anderen öffentlichkeitswirksamen Handlungen zum Beispiel in Berlin oder Dresden teilgenommen haben, die persönliche, postalische oder telefonische Verbindung zum sogenannten Kontaktbüro für Übersiedlungersuchende in Berlin und anderen Orten aufgenommen haben,

- die mit provokativen Auftritten und Forderungen bei den Abteilungen Inneres in Erscheinung traten,

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 23

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 24

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

BStU
000025

24

In Abhängigkeit davon sind unter Beachtung bestehender Rechtsvorschriften entsprechende Maßnahmen festzulegen.

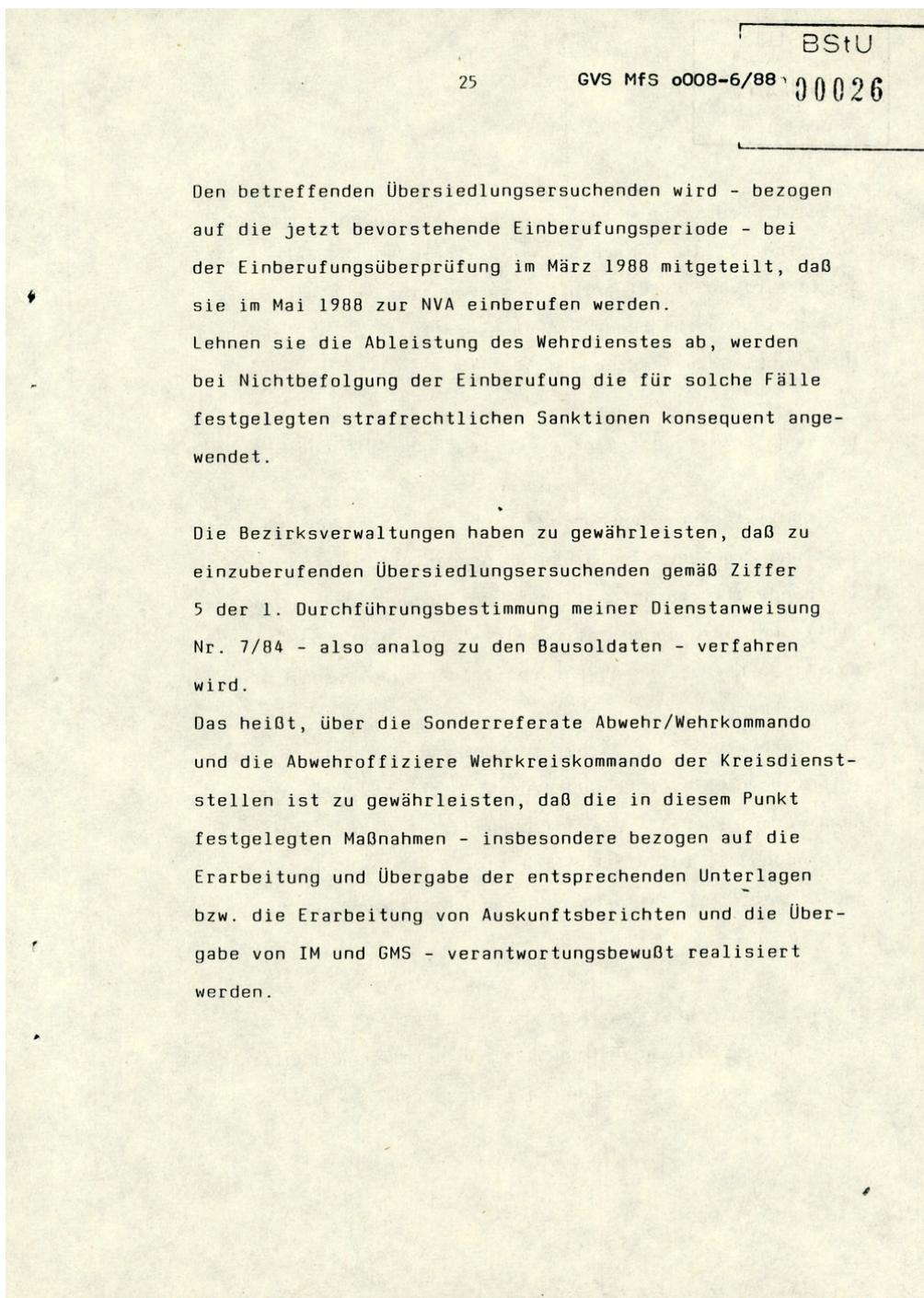
Entsprechend der eingangs genannten zentralen Entscheidung werden - beginnend im Mai 1988 - alle männlichen Übersiedlungser suchenden im wehrpflichtigen Alter - das heißt Personen im Alter vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 26. Lebensjahr - zur Ableistung des Grundwehrdienstes in der NVA einberufen. Es ist vorgesehen, sie vorrangig in solchen Einheiten und Truppenteilen zum Einsatz zu bringen, in denen sie vorwiegend körperliche Tätigkeiten zu verrichten haben, das heißt hauptsächlich in Pioniereinheiten der NVA.

Im allgemeinen sollte vor der Einberufung die Ablehnung ihres Übersiedlungser suchens ausgesprochen werden.

Das ist eine Aufgabe der Abteilungen Innere Angelegenheiten der Räte in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Diensteinheiten des MfS und den Wehrkreiskommandos.

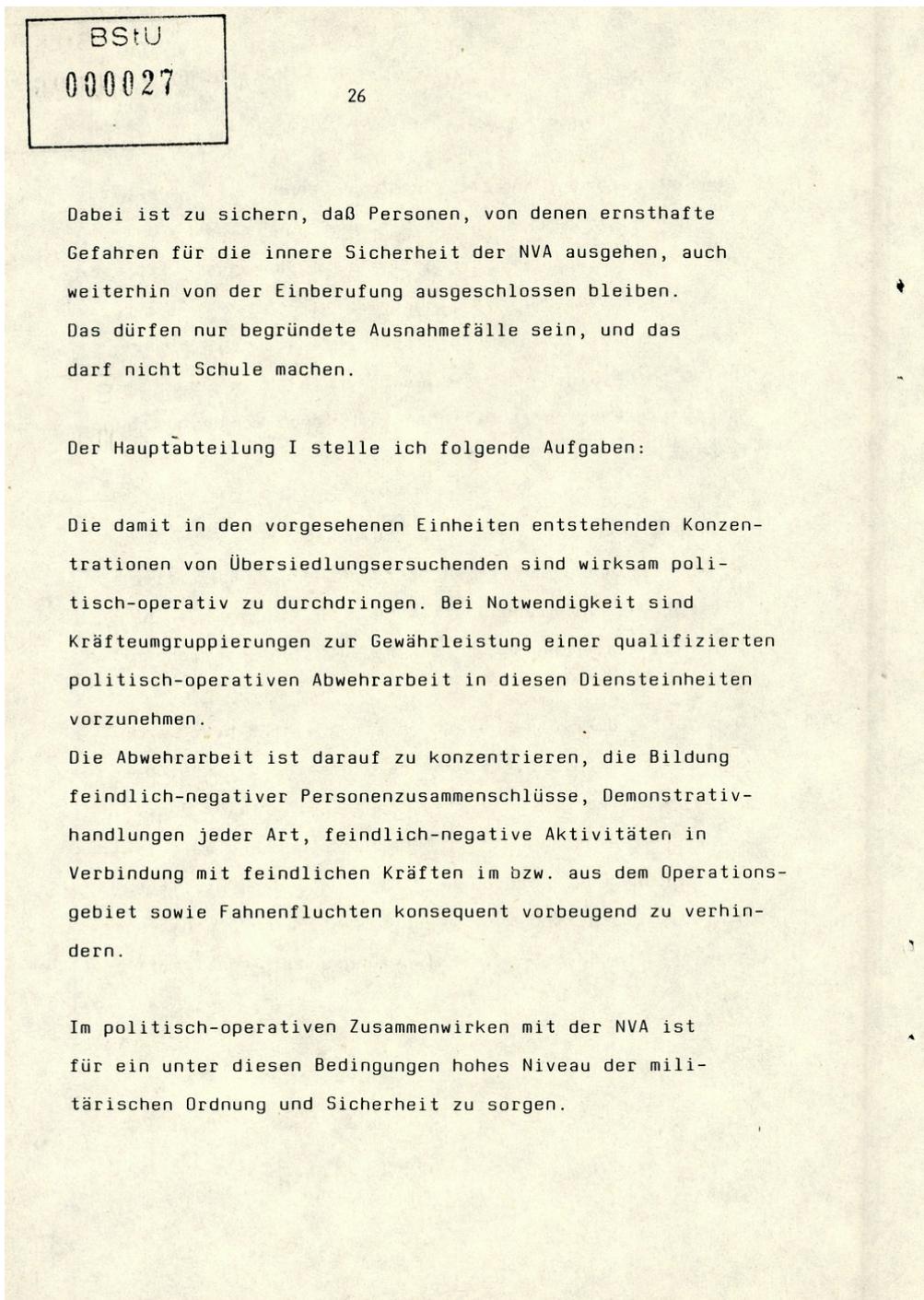
Bei der Durchsetzung der getroffenen Festlegungen ist jedoch zu beachten, daß sich die NVA nicht in der Lage sieht, die gegenwärtig vorhandene Größenordnung sofort aufzunehmen; es also offensichtlich nicht möglich ist, bei der anstehenden Einberufung im Mai alle betreffenden Wehrpflichtigen zur Ableistung des Grundwehrdienstes einzuberufen. Von Bedeutung ist aber - und darauf muß sich die Einflußnahme der Leiter aller zuständigen territorialen Diensteinheiten und des Leiters der Hauptabteilung I konzentrieren - daß bezogen auf diese spezielle Kategorie von Wehrpflichtigen nicht, wie sonst üblich, nur die Einberufung eines Jahrganges erfolgt, sondern jene übersiedlungser suchenden Wehrpflichtigen aus allen entsprechenden Jahrgängen einberufen werden, die wir den Wehrkreiskommandos vorschlagen. Wichtig ist, daß wir die Richtigen treffen und diese umgehend einberufen lassen.

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 26

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

BStU
GVS MfS o008-6/88 100028

27

Insbesondere ist auszuschließen, daß sich Übersiedlungs-
ersuchende unbefugt Waffen und Munition sowie schwere
Technik für Grenzdurchbrüche und andere spektakuläre Vor-
kommnisse aneignen können. Es ist zu verhindern, daß sie
Kenntnis von Staatsgeheimnissen erhalten.

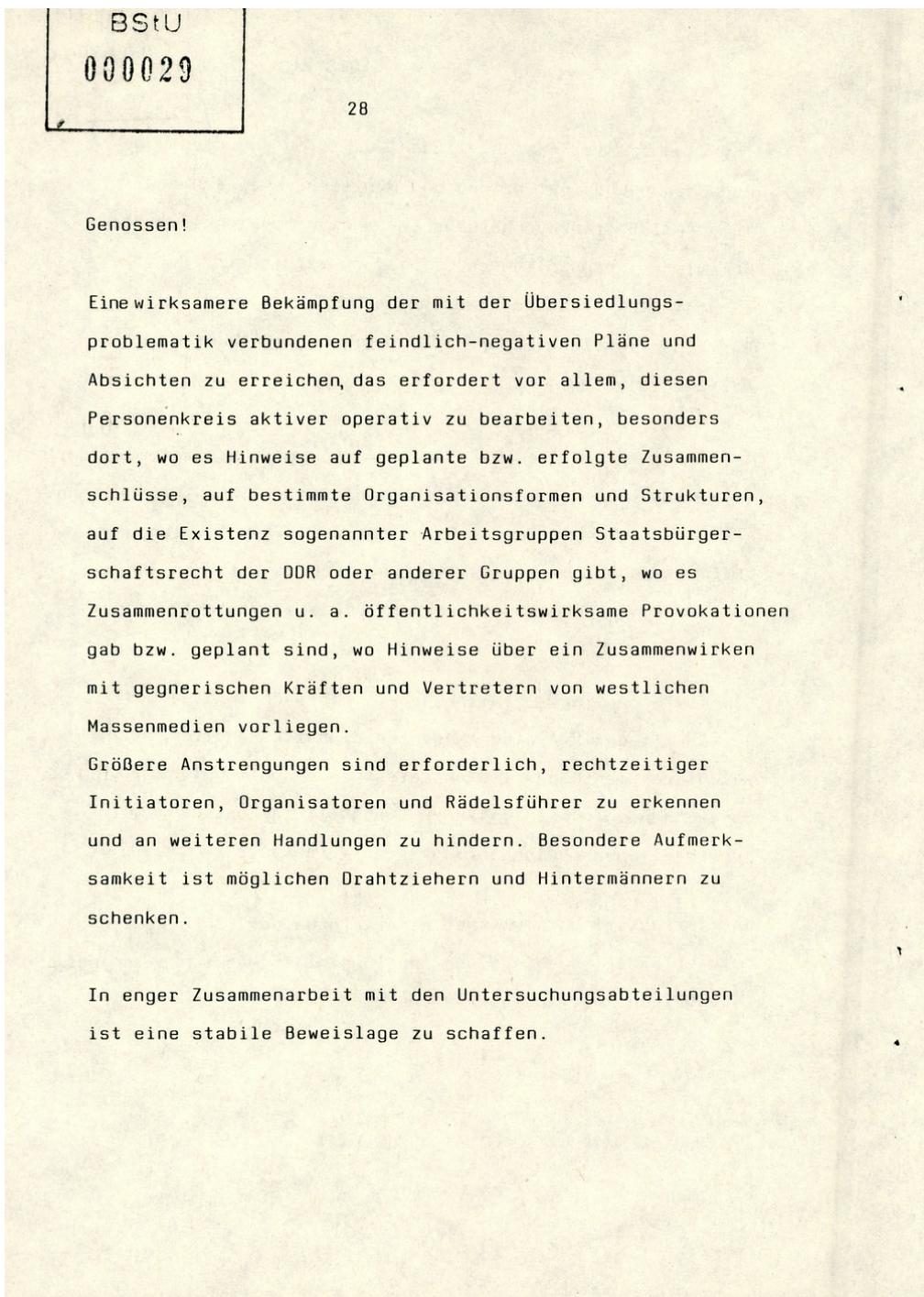
Der Einsatz solcher Einheiten in grenznahen Räumen ist
nicht zuzulassen.

Notwendig ist in diesem Zusammenhang, daß auch unsere Partner
des Zusammenwirkens und die zuständigen örtlichen Organe Kennt-
nis davon haben, daß sich Einheiten der NVA mit solchen Wehr-
pflichtigen in ihrem Verantwortungsbereich befinden und auf
sich daraus ergebende mögliche Probleme eingestellt sind.

Sowohl in der inoffiziellen Arbeit als auch im Zusammen-
wirken mit der NVA sind in diesen Einheiten Anstrengungen
zu unternehmen, Übersiedlungsersuchende möglichst zurück-
zugewinnen, das heißt, sie zur endgültigen Abstandnahme
von ihrem Übersiedlungsersuchen zu veranlassen.

Das ist natürlich nicht nur eine Aufgabe der Linie I, son-
dern erfordert auch die Ausschöpfung aller Möglichkeiten der
zuständigen territorialen Diensteinheiten.

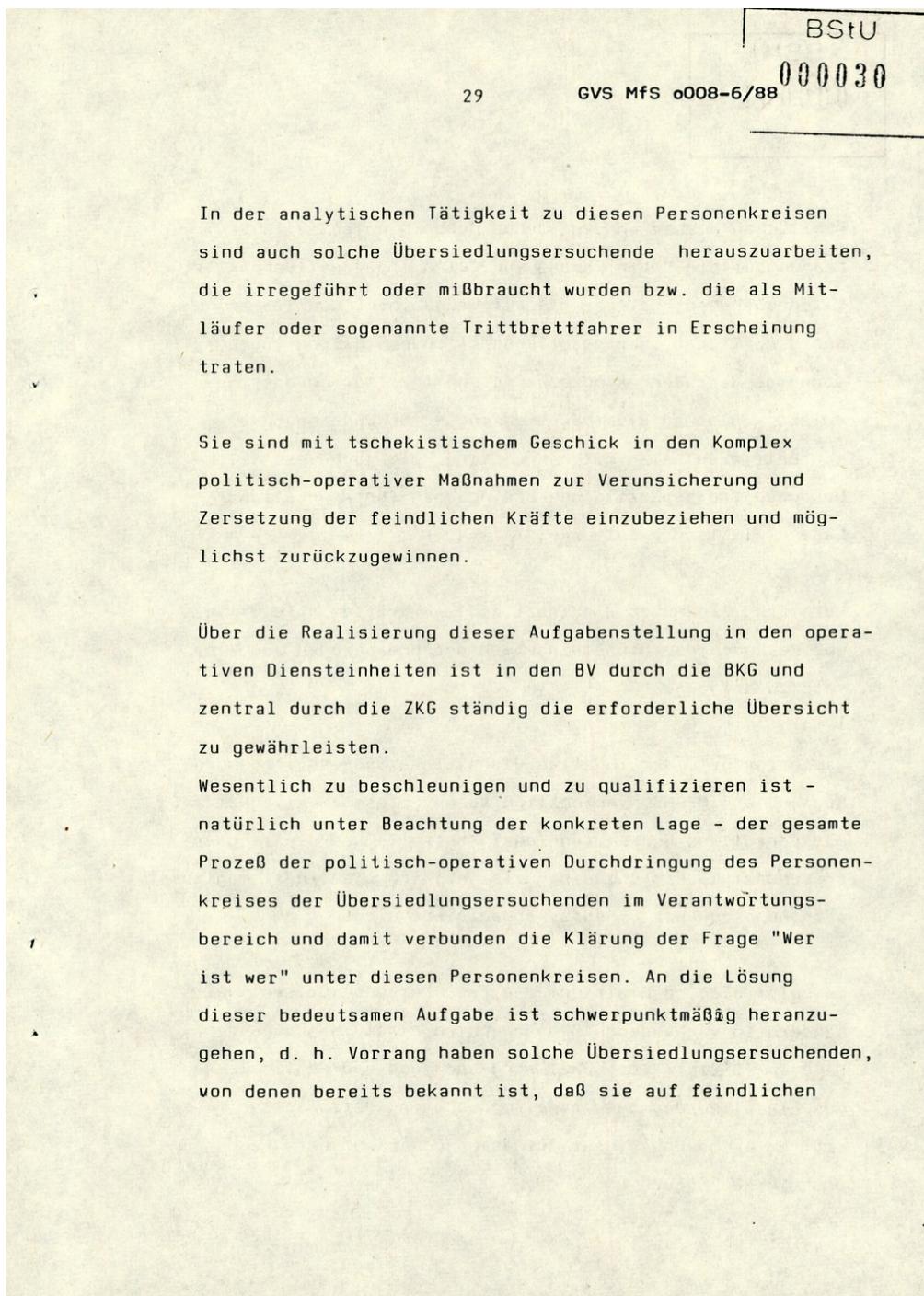
Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 29

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 30

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

BStU
000031

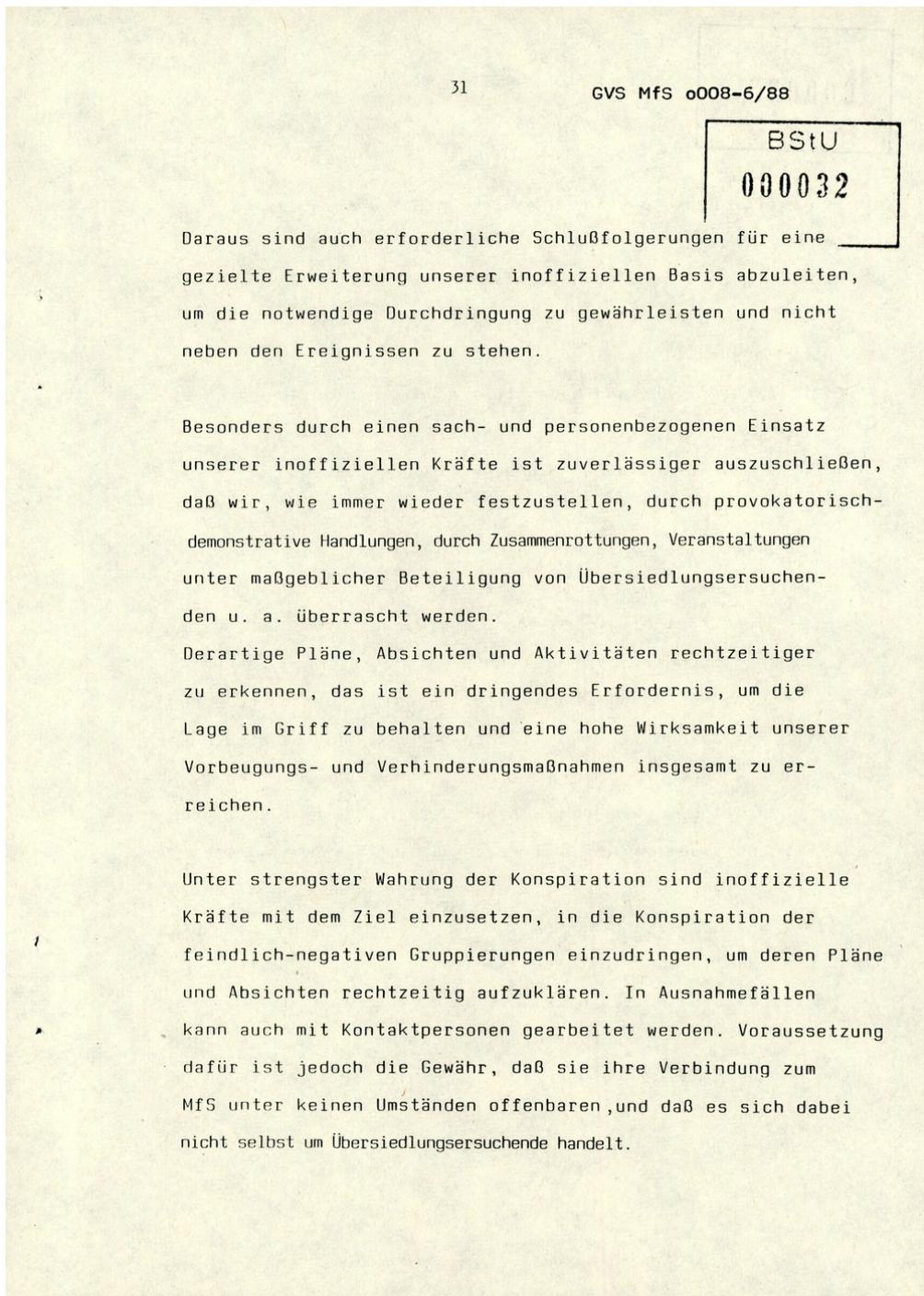
30

Positionen stehen und von denen deshalb potentielle Gefahren für die Durchführung von feindlich-negativen Aktivitäten ausgehen, solche, die auf Grund ihrer Qualifikation, der beruflichen oder gesellschaftlichen Stellung von besonderer Bedeutung sind bzw. solche Territorien oder Bereiche, in denen sich Übersiedlungsersuchende besonders konzentrieren, also mit hoher Sicherheit auch wesentliche Ursachen und begünstigende Bedingungen für eine solche Lageentwicklung existieren.

Verstärkt sind dazu die inoffiziellen Kräfte sowie Mittel und Methoden der Diensteinheiten personenbezogen zum Einsatz zu bringen.

Das erfordert, daß in allen Diensteinheiten der vorhandene Bestand an IM/GMS hinsichtlich seiner Einsatzmöglichkeiten zur operativen Bearbeitung oder Kontrolle Übersiedlungser suchender geprüft und ein gezielter, ich wiederhole möglichst personenbezogener Einsatz, organisiert wird.

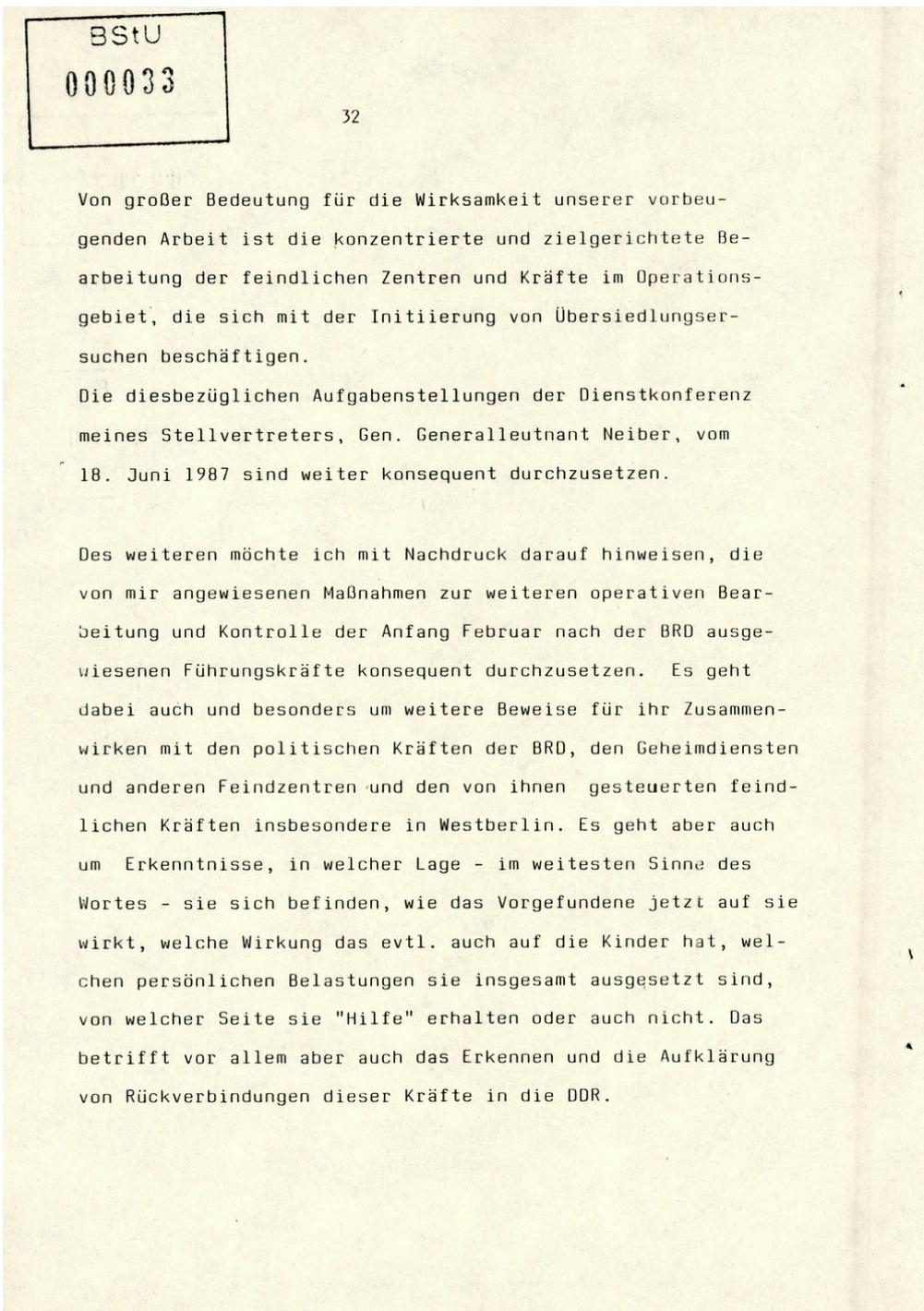
Es zeigt sich, daß wir unter diesen Personenkreisen, besonders in vorhandenen Schwerpunkten nicht in genügendem Maße inoffiziell verankert sind und auch die Möglichkeiten des Einsatzes der insgesamt vorhandenen inoffiziellen Kräfte zur Lösung dieser Aufgaben noch nicht umfassend erschlossen werden.

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 32

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, BL 1-60

Blatt 33

33

GVS MfS o008-6/88

BStU
000034

Genossen!

Von wesentlicher Bedeutung für die Durchsetzung der zentralen Entscheidungen und Orientierungen ist, daß von den Bereichen Inneres alle in ihrer Verantwortung liegenden Maßnahmen differenziert, aber mit Konsequenz durchgesetzt werden. Im Wesen geht es darum, gegenüber Übersiedlungser suchenden schneller und überzeugender mit staatlichen Entscheidungen - auf der Grundlage der dazu getroffenen Festlegungen - zu reagieren, verbunden mit einer überzeugenden politisch-ideologischen Einflußnahme.

Das erfordert, die Gespräche mit Übersiedlungersuchenden, insbesondere mit Erstersuchenden, zukünftig so zu führen, daß erst keinerlei Hoffnungen mehr auf eine evtl. Genehmigung der Übersiedlung geweckt oder durch wiederholte Vorladungen und Gespräche über einen längeren Zeitraum gehärtet werden, wenn zu erkennen ist, daß keine Voraussetzungen für eine Übersiedlung vorliegen.

In wesentlich kürzeren Zeiträumen als bisher sind deshalb begründete Entscheidungen herbeizuführen.

Blatt 34

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

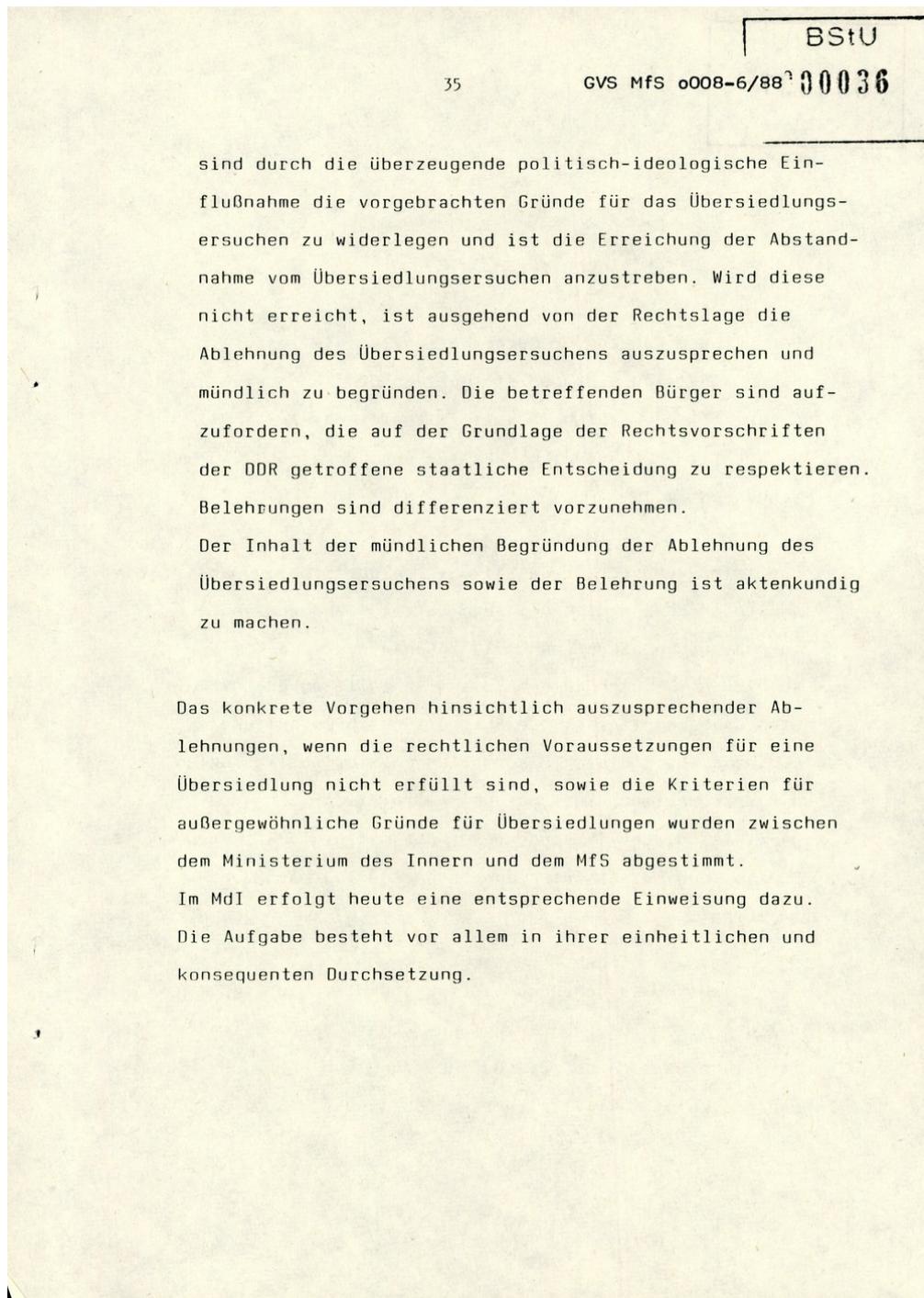
BStU
000035

34

Durch die Bereiche Inneres ist bei der Arbeit mit Bürgern, die Ersuchen auf Übersiedlung nach der BRD bzw. nach Westberlin stellen bzw. gestellt haben, differenziert unter Beachtung folgender Grundsätze vorzugehen:

- Bürger, die erstmalig Übersiedlungsersuchen oder nach einer Rücknahme erneut derartige Ersuchen stellen, sind über die Gründe ihres Ersuchens anzuhören.
- Die vorgebrachten Gründe für die Übersiedlung sind einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Dabei ist festzustellen, ob
 - . die rechtlichen Voraussetzungen gemäß der Verordnung von 1983 erfüllt sind
 - . oder andere außergewöhnliche Gründe vorliegen, die eine Genehmigung der Übersiedlung rechtfertigen können - dazu werden mit einem Schreiben des Vorsitzenden des Ministerrates entsprechende Kriterien vorgegeben
 - . oder Versagungsgründe gemäß der Verordnung von 1983 vorliegen.
- Sind die rechtlichen Voraussetzungen für eine Genehmigung der Übersiedlung nicht erfüllt bzw. liegen keine anderen humanitären Gründe vor, die eine Übersiedlung rechtfertigen können, oder liegen Versagungsgründe vor,

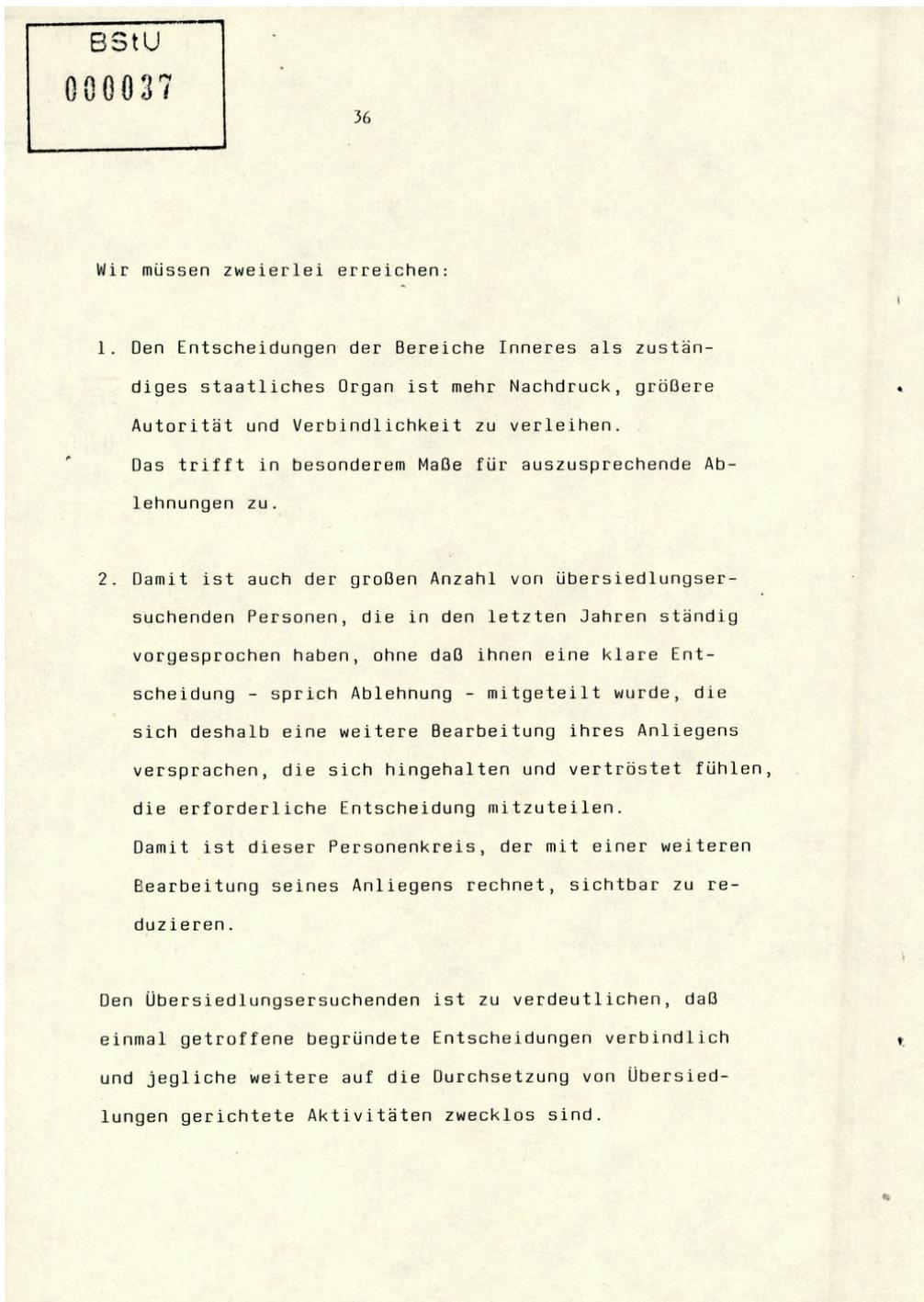
Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 36

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 37

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

BStU
37 GVS MfS 0008-6/88 000038

Noch einige weitere Hinweise zum Vorgehen bei Personen die bereits länger entsprechende Übersiedlungsversuche unternehmen.

Bei erneuten Vorsprachen dieser Personen bei Inneres ist zukünftig in gleicher Weise wie bei Erstersuchen zu verfahren. Das muß jedoch schrittweise, differenziert und ohne eine Kampagne zu organisieren erfolgen.

Das trifft insbesondere auf das nunmehr in größerem Umfang notwendige Aussprechen von Ablehnungen zu.

Das gesamte Vorgehen zur Durchsetzung dieser Linie ist in Abhängigkeit von der konkreten Lage gründlich zu durchdenken und zu planen, weil das mit großen Auswirkungen verbunden ist, die wir beherrschen müssen.

Wir müssen uns darauf einstellen, daß gerade bei diesen Personen im Ergebnis mitgeteilter Ablehnungen Konfrontationen mit den staatlichen Organen und auf die Durchsetzung der Übersiedlung gerichtete Aktivitäten, Provokationen und dergleichen zeitweilig erheblich zunehmen werden.

Deshalb müssen alle Möglichkeiten der operativen Kontrolle dieser Personen und der gezielten operativen Bearbeitung genutzt werden, muß operativ alles getan werden, um mögliche Gefahren rechtzeitig zu erkennen, rechtzeitig, d. h. vorbeugend die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, um alle geplanten und beabsichtigten öffentlichkeitswirksamen Provokationen mit allen Mitteln zu verhindern.

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 38

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

BStU
000039

38

Gegenüber Unbelehrbaren, zu Provokationen u. a. feindlich-negativen Aktivitäten neigenden Personen ist so vorzugehen, wie ich es bereits erläutert habe.

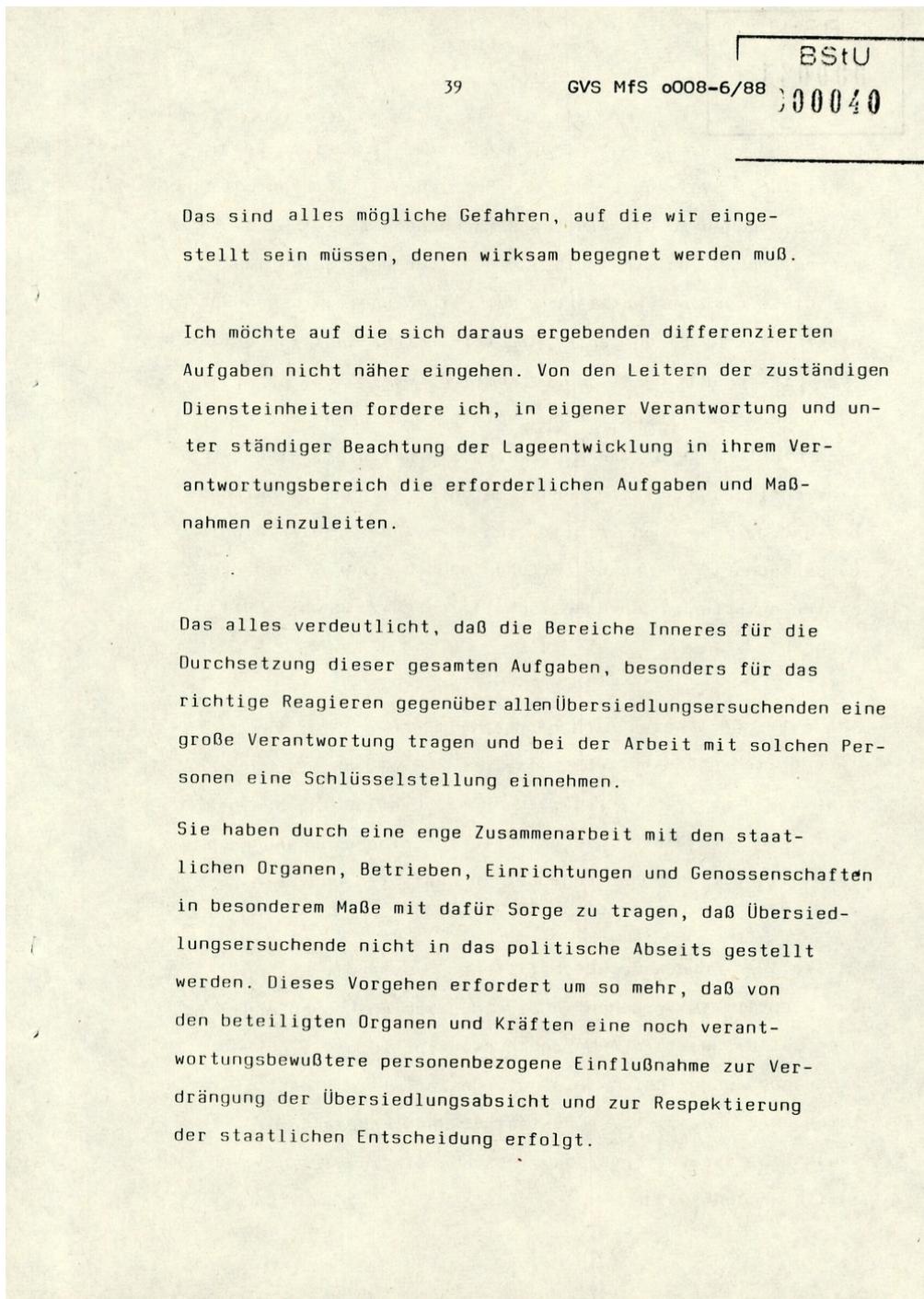
In diesem Zusammenhang muß auch beachtet werden, daß der Druck auf die Staatsgrenze und damit auch das ungesetzliche Verlassen unter Ausnutzung und Mißbrauch des Territoriums anderer sozialistischer Staaten, das Aufsuchen von Botschaften und damit verbundene Erpressungsversuche, das Einschalten von Repräsentanten der BRD, aber auch die Einbeziehung solcher feindlichen Organisationen wie die IGfM, "HvD" - um nur einige zu nennen - zunehmen werden.

Aber auch solche Erscheinungen, mit denen wir zunehmend konfrontiert werden, sind in der operativen Arbeit noch stärker zu beachten, wie zum Beispiel der Mißbrauch touristischer Aufenthalte von BRD-Polittouristen und -Reisegruppen in der DDR. Ich erwähne nur das jüngste Beispiel des Auftretens einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten Reisegruppe im Bezirk Suhl. Entsprechend geschult und instruiert, mit einem konkreten "Frageprogramm" ausgestattet, sollten beispielsweise die zu kontaktierenden Jugendlichen der DDR nach den Möglichkeiten der Gründung einer Partei "Die Grünen" in der DDR befragt werden. Dieses Vorgehen stimmt voll mit den uns bekannten internen Plänen einflußreicher politischer Kräfte und Feindzentren der BRD überein, auf eine Formierung von solchen "Parteien", Organisationen und Gruppierungen in der DDR hinzuarbeiten. Hier zeigt sich die Übereinstimmung des Planes und des Vorgehens.

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 39

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 40

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

BStU

000041

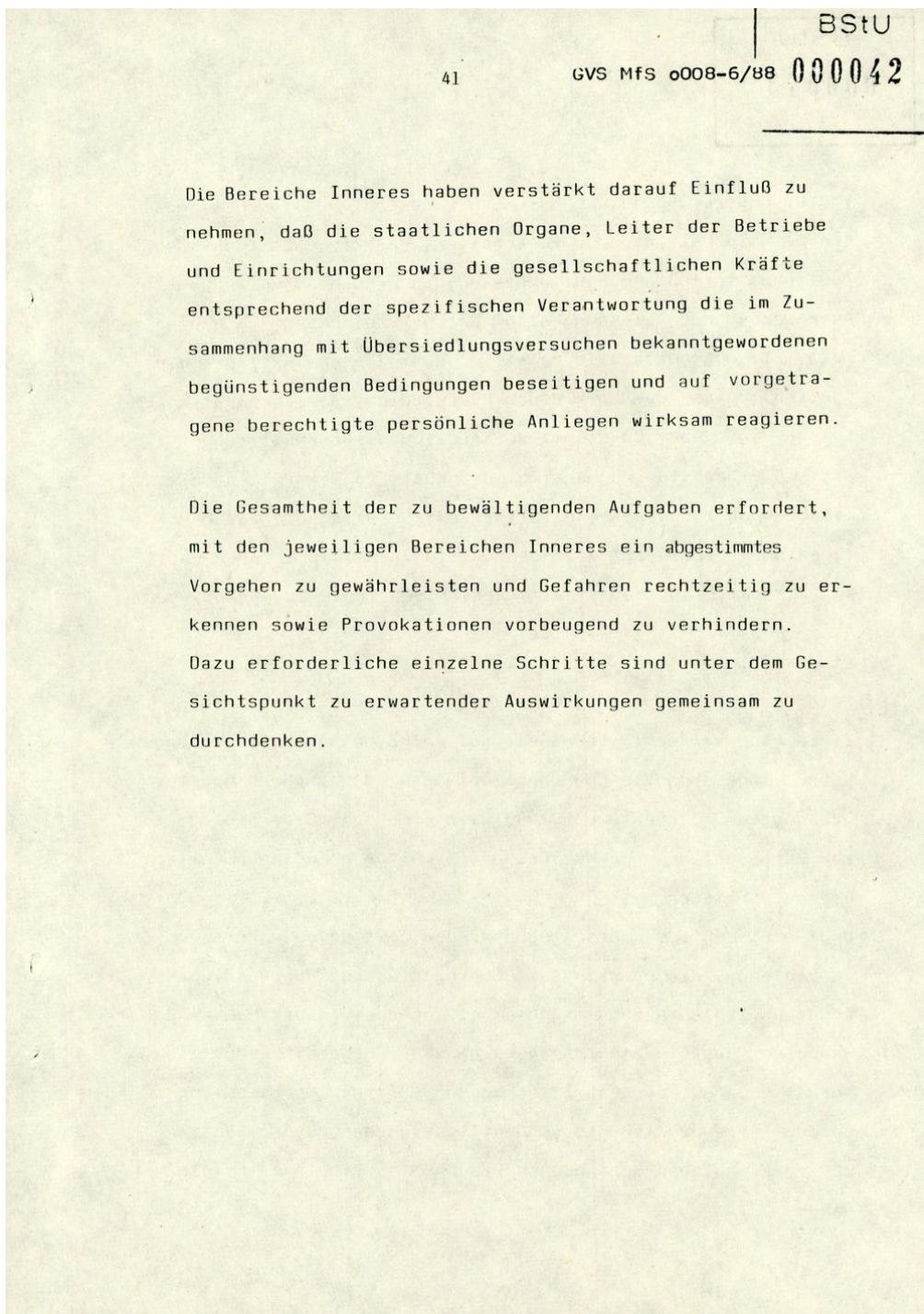
40

Dazu gehört auch, daß wir konsequent gegen Erscheinungen einschreiten, wenn sich Leiter von Betrieben u. a. Einrichtungen Entscheidungen zu Übersiedlungsersuchenden zu leicht machen, sie entlassen und sich selbst der weiteren Verantwortung für diese Personen entziehen. Natürlich kann man einen Geheimnisträger oder einen Lehrer nicht in seiner Funktion belassen. Aber wir müssen uns mit darum kümmern, daß solche Personen für unsere Gesellschaft nicht völlig verloren gehen. Es kann nicht so sein, daß man einerseits beispielsweise durch eine Entlassung aus einer bestimmten Funktion eine durchaus notwendige Maßnahmen trifft, sich aber andererseits nicht darum kümmert, ob der Betreffende danach einer seinen Fähigkeiten entsprechenden gesellschaftlich-nützlichen Arbeit nachgeht.

Die Bereiche Inneres sind deshalb mit den uns zur Verfügung stehenden Kräften, Mitteln und Möglichkeiten wie bisher wirksam zu unterstützen. Unser Einfluß ist dahingehend zu verstärken, die getroffenen Entscheidungen noch verbindlicher und überzeugender zu gestalten und kein Zurückweichen zuzulassen.

Das weitere enge kameradschaftliche Zusammenwirken und das abgestimmte Vorgehen in diesem gesamten Prozeß muß auch auf die weitere Ausprägung stabiler Informationsbeziehungen ausgerichtet sein, die gewährleisten, daß Straftaten, provokatorisch-demonstrative Handlungen oder Zusammenschlüsse zur Erreichung der Übersiedlung rechtzeitig erkannt werden.

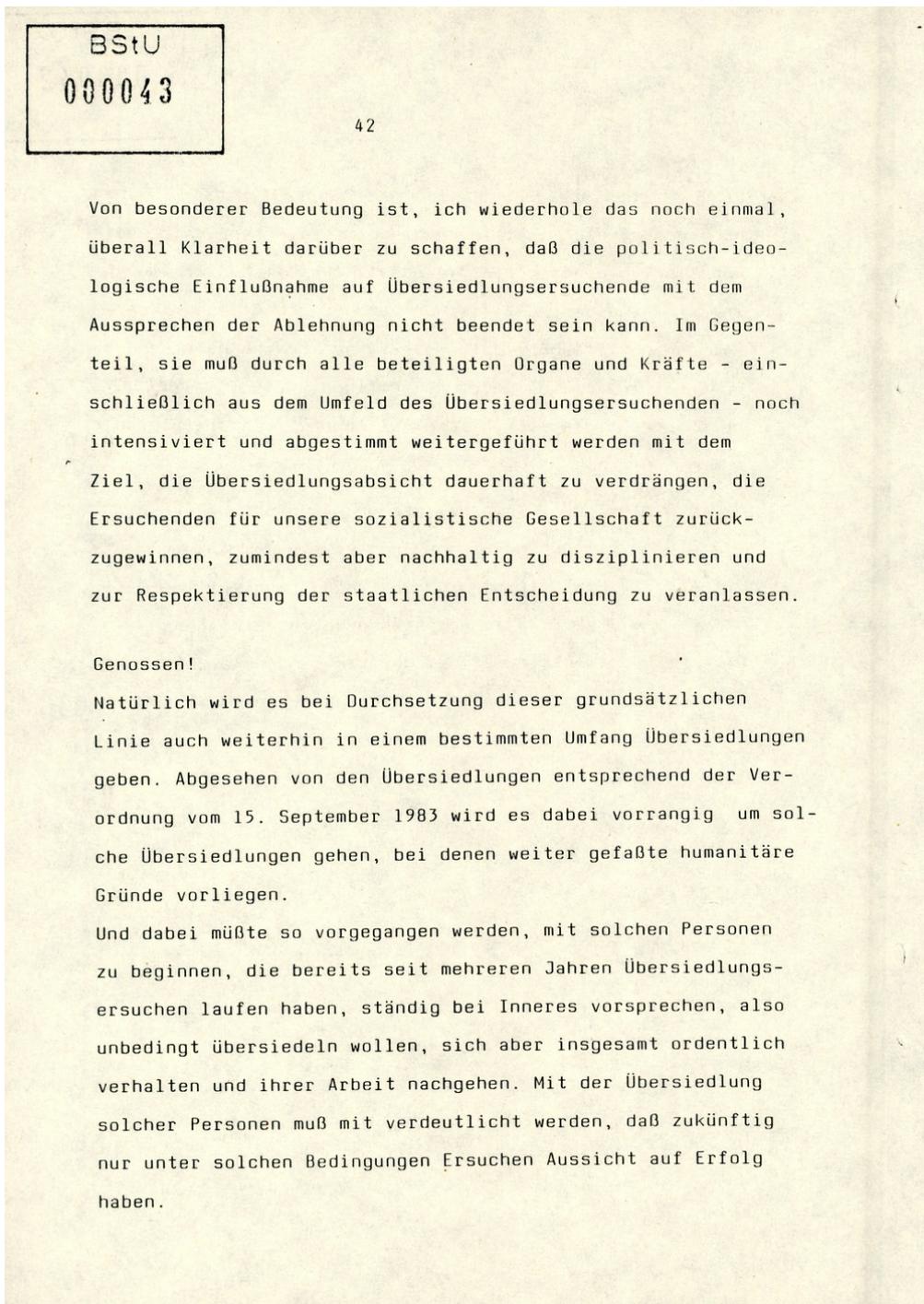
Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 42

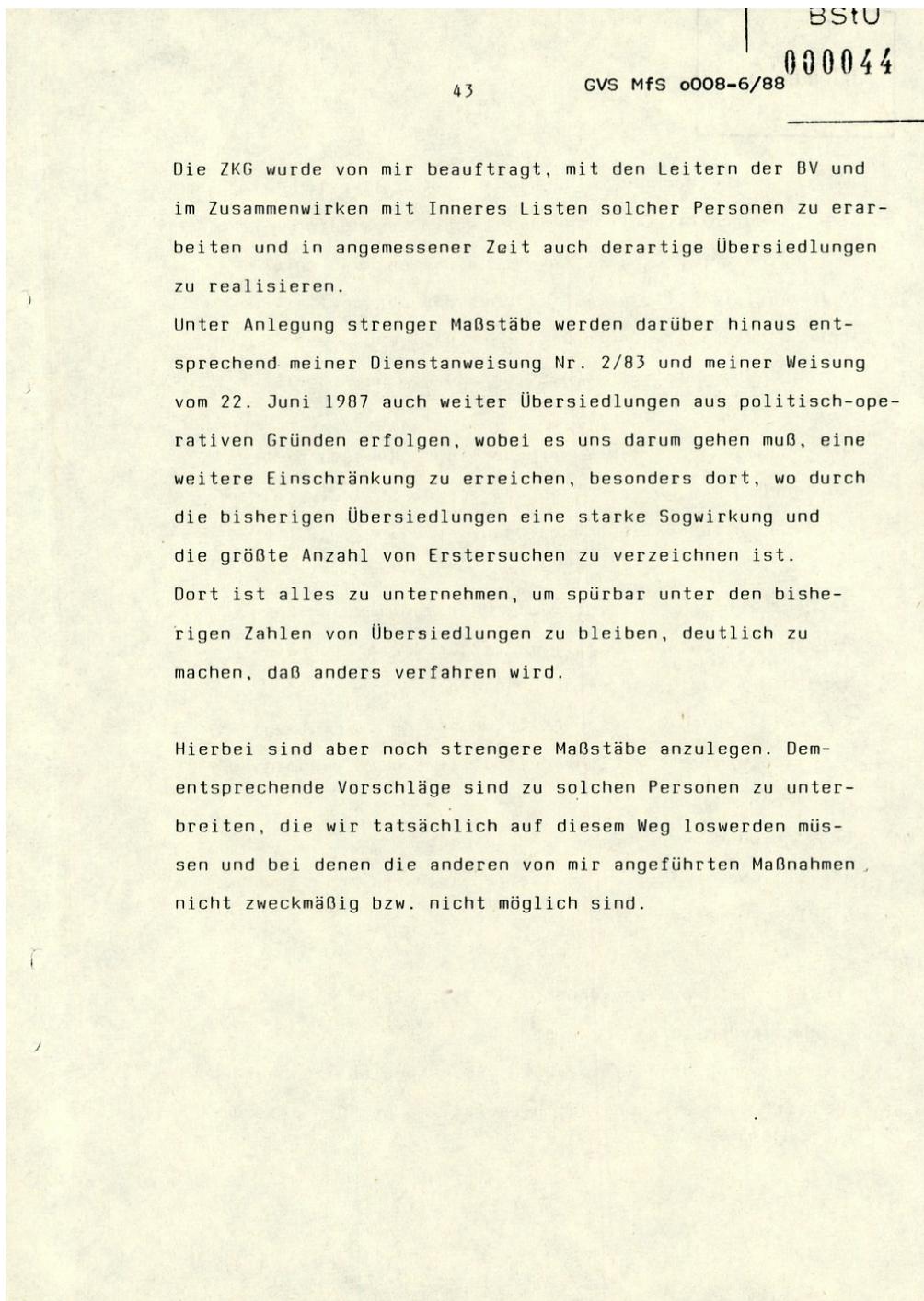
Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 43

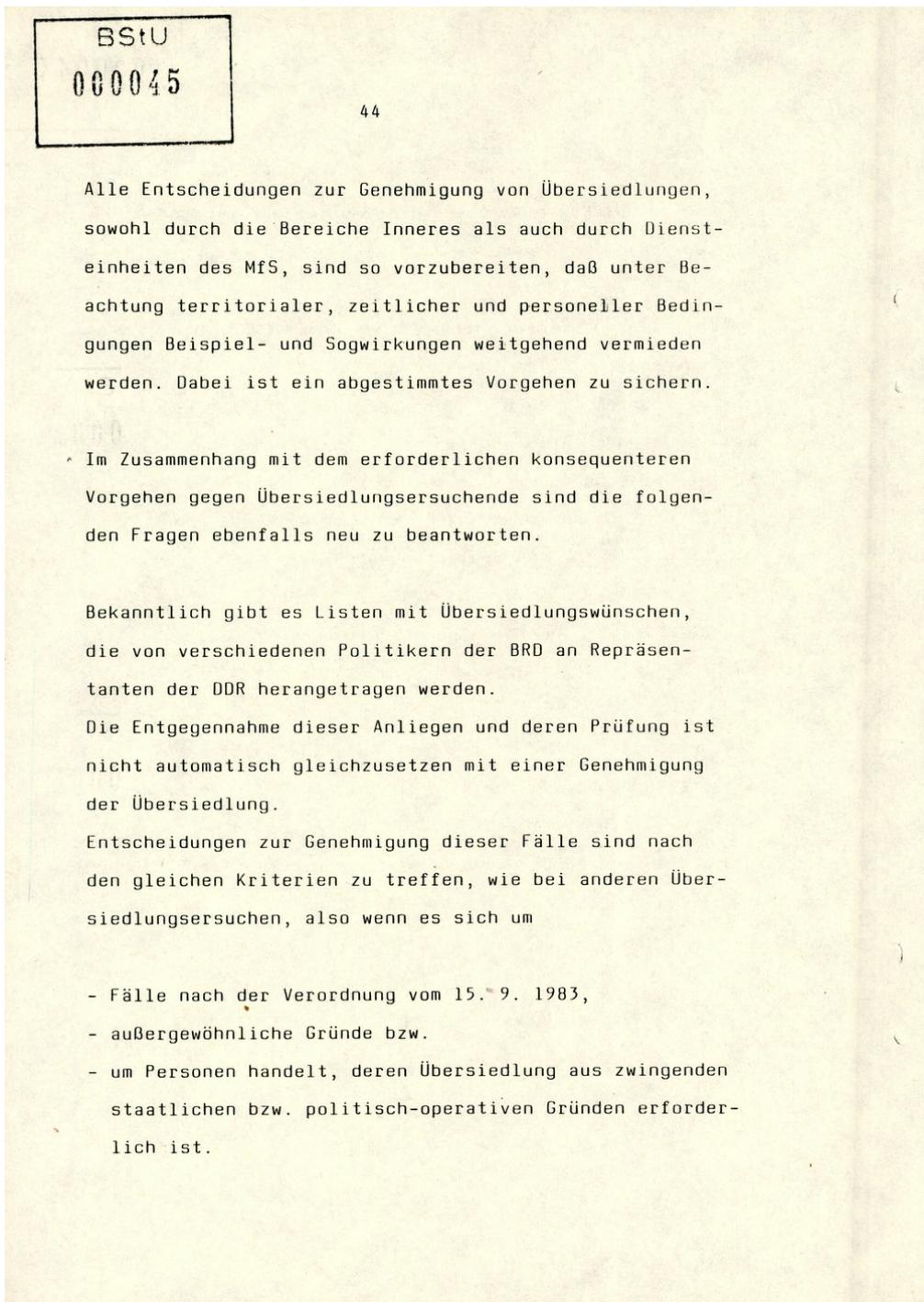
Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

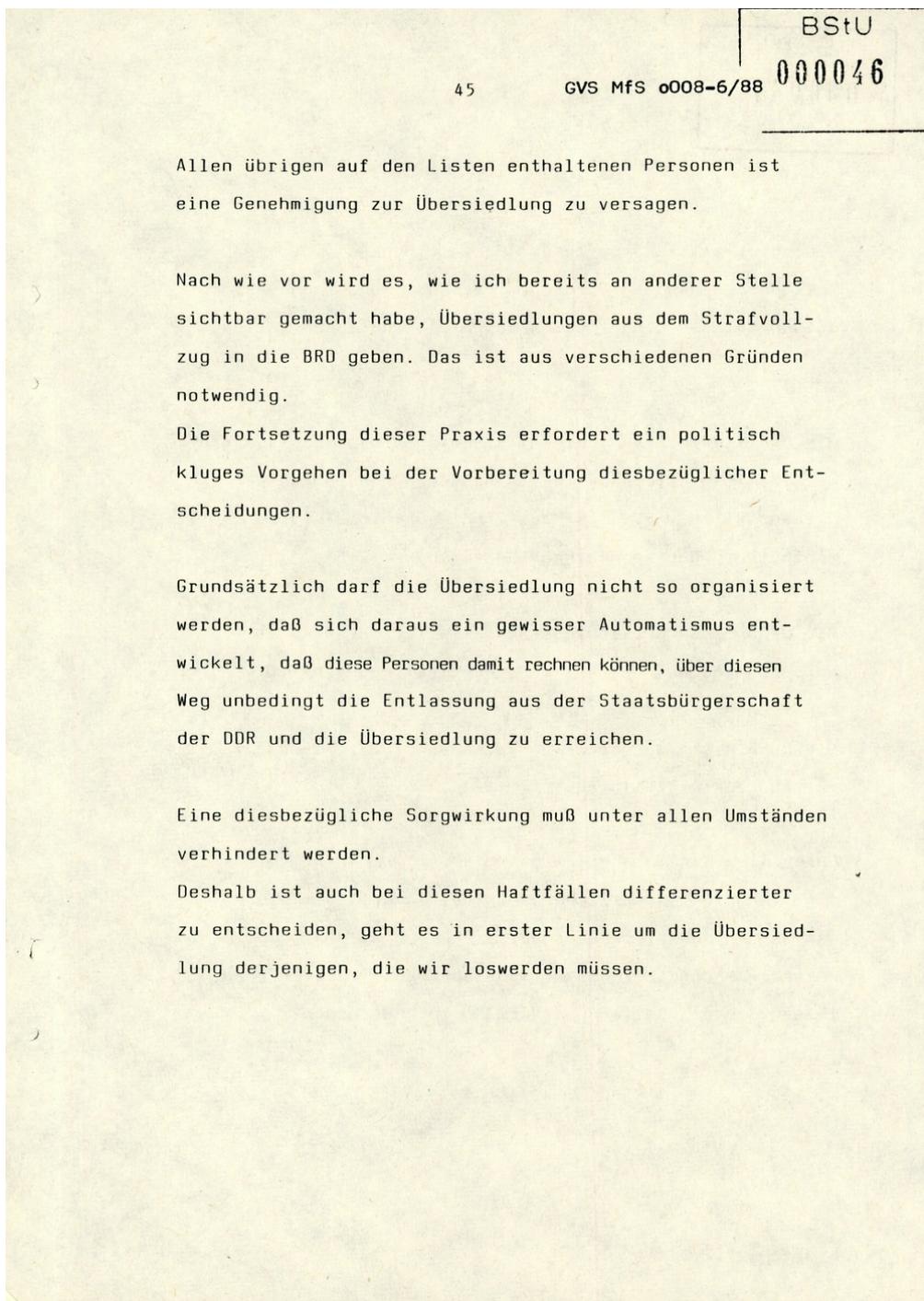
Blatt 44

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 45

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 46

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

BStU
000047

46

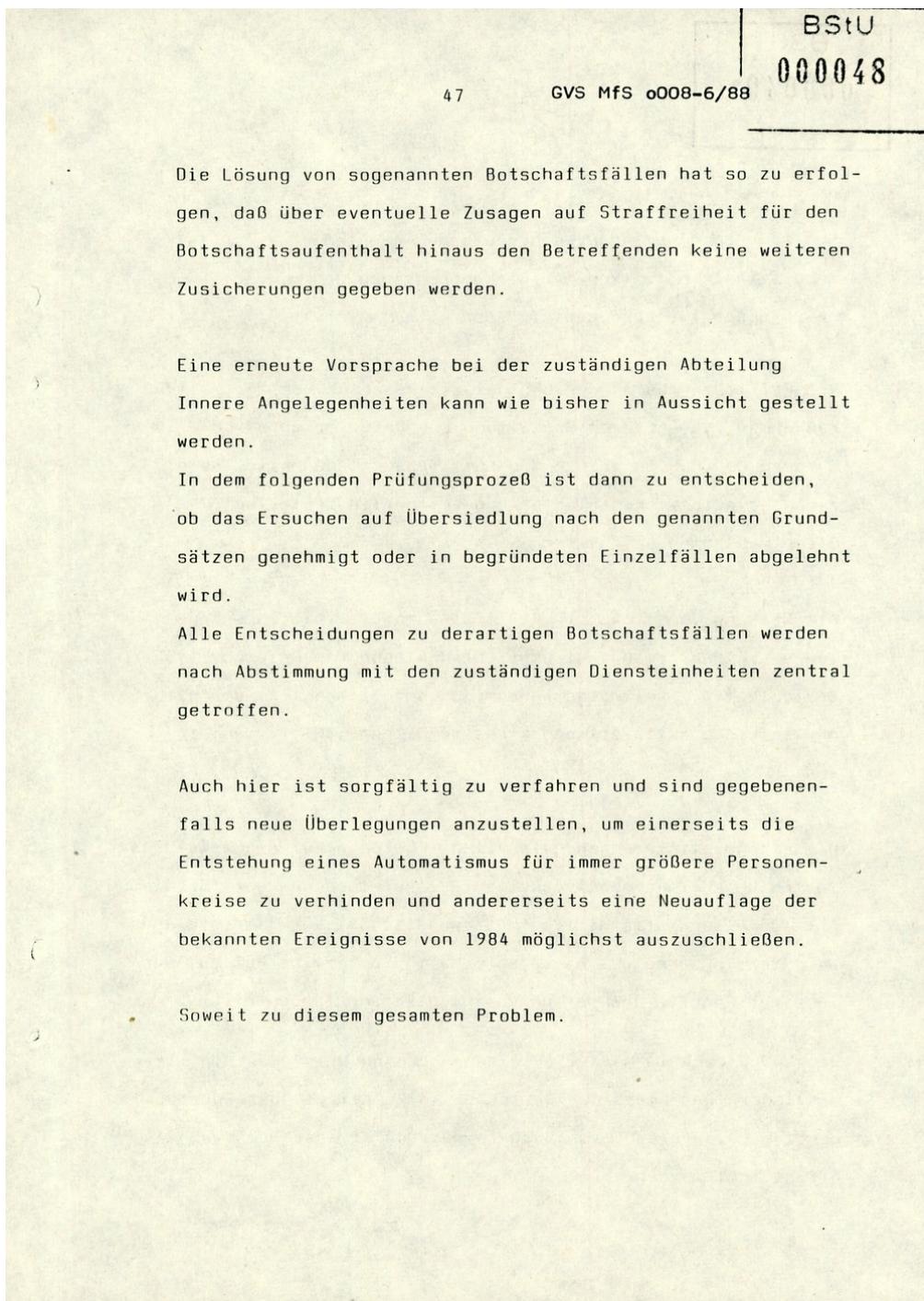
Die verurteilten Straftäter haben einen angemessenen Teil der verhängten Strafe zu verbüßen und sind erst danach auf der Grundlage meiner diesbezüglichen Weisung zu übersiedeln.

Die Übersiedlung von Haftentlassenen erfolgt künftig nicht mehr mit Sammeltransporten in Bussen, sondern von der Haftanstalt der BV Karl-Marx-Stadt aus einzeln bzw. in kleinen Gruppen in der Regel direkt in die BRD.

Die begonnene Übersiedlung amnestierter Personen ist entsprechend den dazu getroffenen Festlegungen fortzusetzen.

Die noch nicht ausgereisten Personen sind zeitversetzt zur Ausreise zu bringen.

Durch die Diensteinheiten des MfS ist bis Ende April 1988 eine namentliche Übersicht zu Haftfällen und anderen Personen, die aus politisch-operativen Gründen unter Anwendung strengster Maßstäbe übersiedelt werden müssen, zu erarbeiten und der ZKG zu übersenden.

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 48

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

BStU
000049

48

Genossen!

Nun noch zu einem anderen bedeutsamen Problem, das ebenfalls komplizierte politische Auswirkungen haben und die politisch-operative Lage beeinflussen wird.

Das Politbüro des ZK der SED hat mit Beschuß vom 23. 2. 1988 Maßnahmen zur weiteren Gestaltung des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR in dringenden Familienangelegenheiten nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin festgelegt.

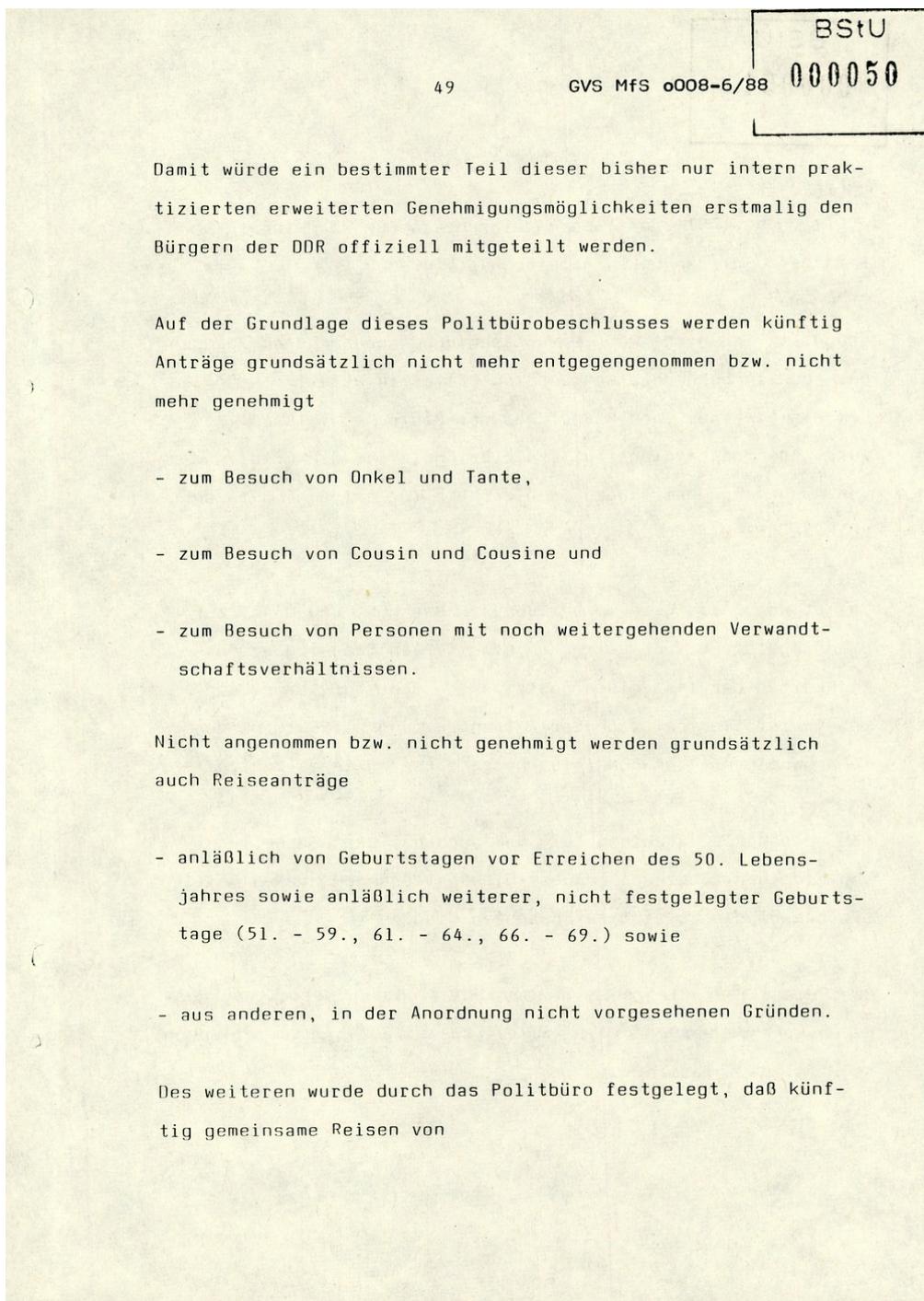
Diese Maßnahmen beinhalten:

Mit Wirkung vom 1. April 1988 treten konkretisierende Regelungen zu den gemäß zentraler Entscheidung vom Dezember 1985 festgelegten erweiterten Genehmigungsmöglichkeiten, die bisher nur intern praktiziert und nicht veröffentlicht wurden, in Kraft.

Diese Konkretisierungen beinhalten - bezogen auf die erweiterten Genehmigungsmöglichkeiten - eine Einengung der für die Antragstellung erforderlichen Verwandtschaftsverhältnisse und eine Verringerung der Antragsgründe für derartige Reisen, was zu einer Reduzierung der genehmigten Reisen führen wird.

Dazu wird noch im März 1988 eine Anordnung Nr. 2 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei über Regelungen zum Reiseverkehr von Bürgern der DDR erlassen und veröffentlicht werden.

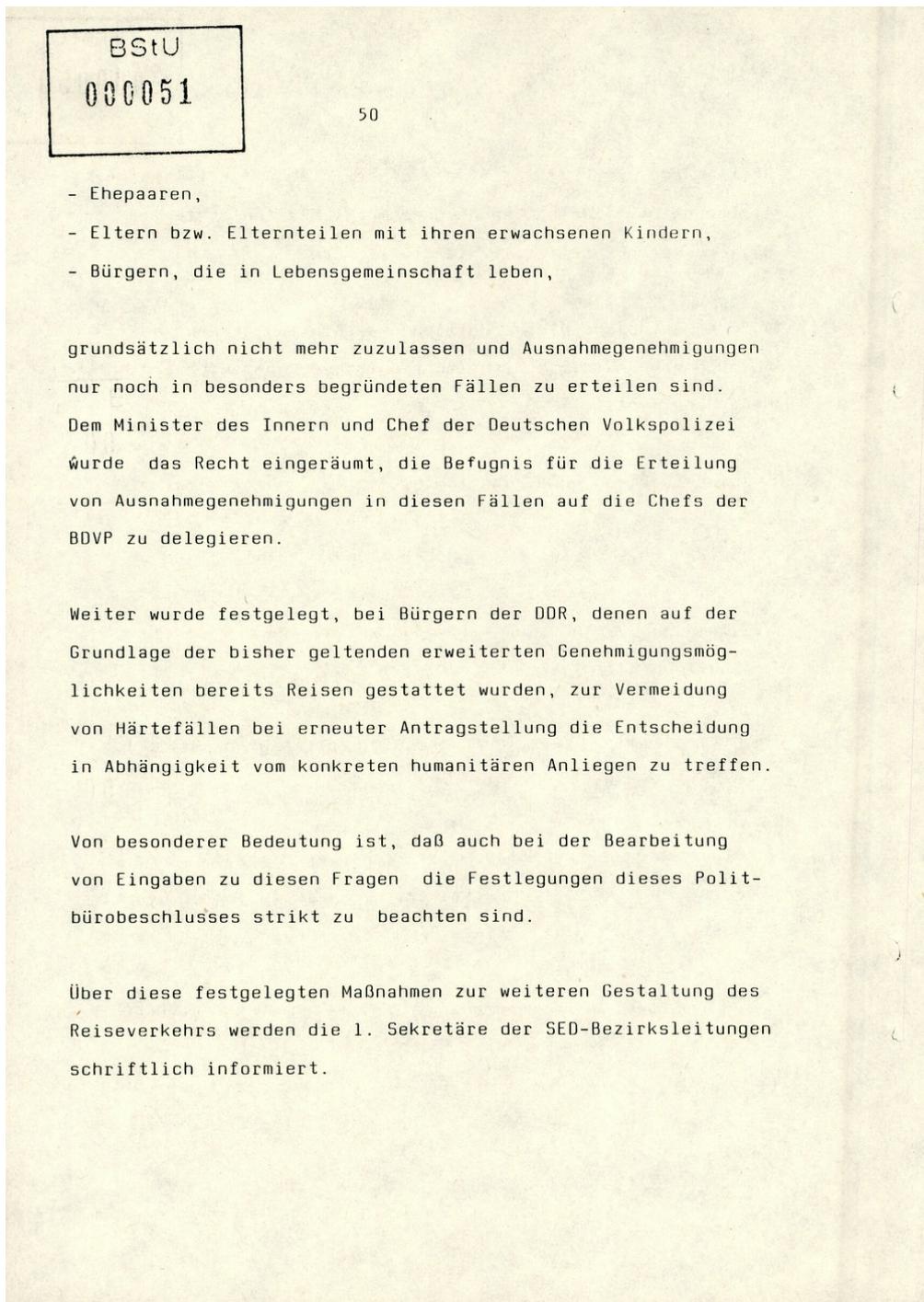
Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 50

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 51

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

BStU
51 GVS MfS o008-6/88 000052

Wir haben uns darauf einzustellen, daß mit Veröffentlichung dieser Voraussetzungen für Privatreisen und mit Realisierung der festgelegten Maßnahmen eine beachtliche Zahl von Bürgern zukünftig keine Genehmigung mehr für eine Privatreise erhalten wird. Das ist mit erheblichen politischen Auswirkungen verbunden. Darüber müssen wir uns im klaren sein.

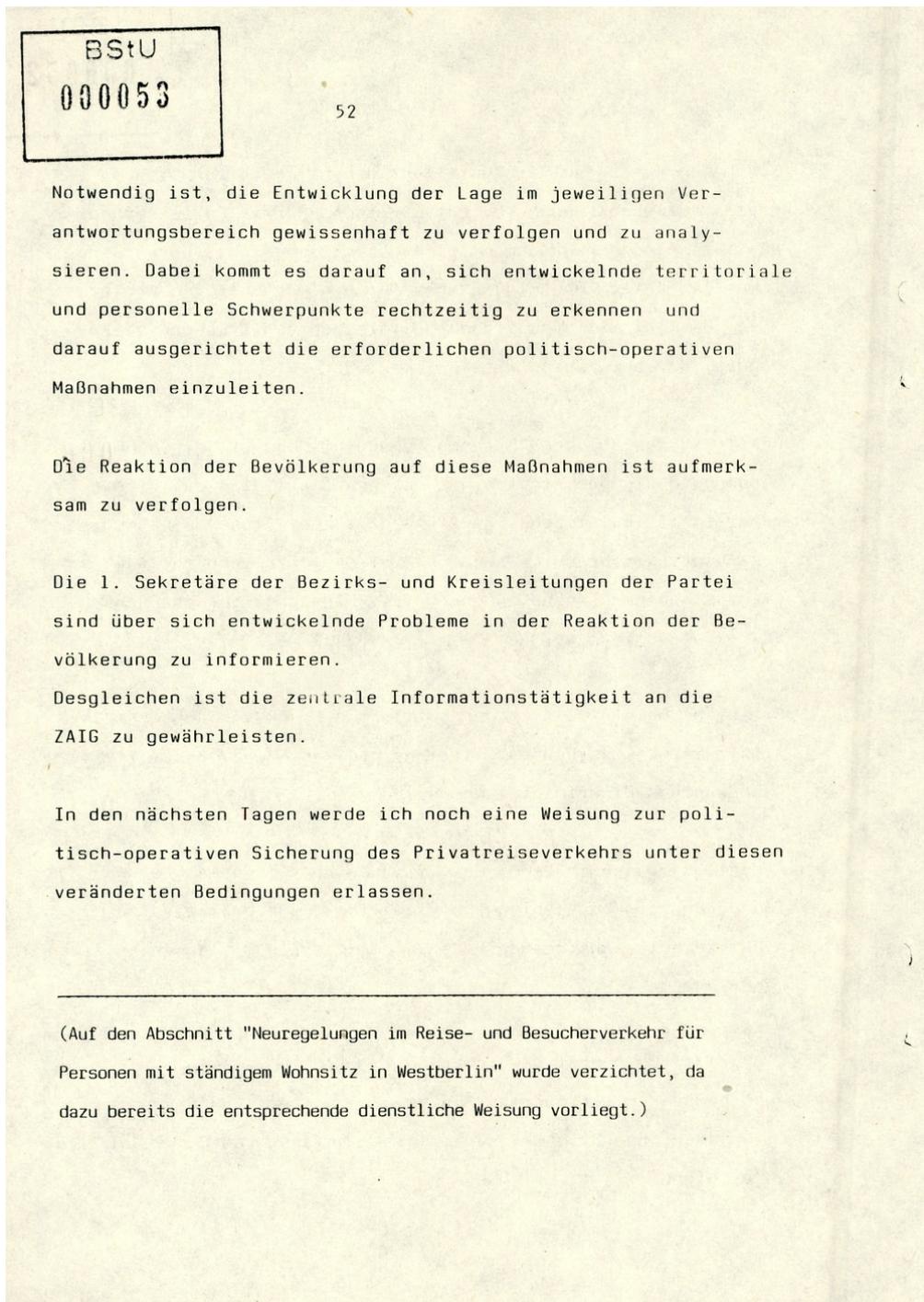
Besonders von solchen Personen, denen bisher Reisen genehmigt wurden und die nun nicht mehr antragsberechtigt sind, wird verbreitet politisches Unverständnis über diese Maßnahmen zum Ausdruck gebracht werden. Es ist damit zu rechnen, daß die zuständigen Organe zunehmend mit Eingaben, Vorsprachen usw. konfrontiert werden.

Mit Sicherheit wird auch der politische Druck von außen erheblich zunehmen, verbunden mit einer breiten Kampagne der Verleumdung und Diskriminierung der DDR.

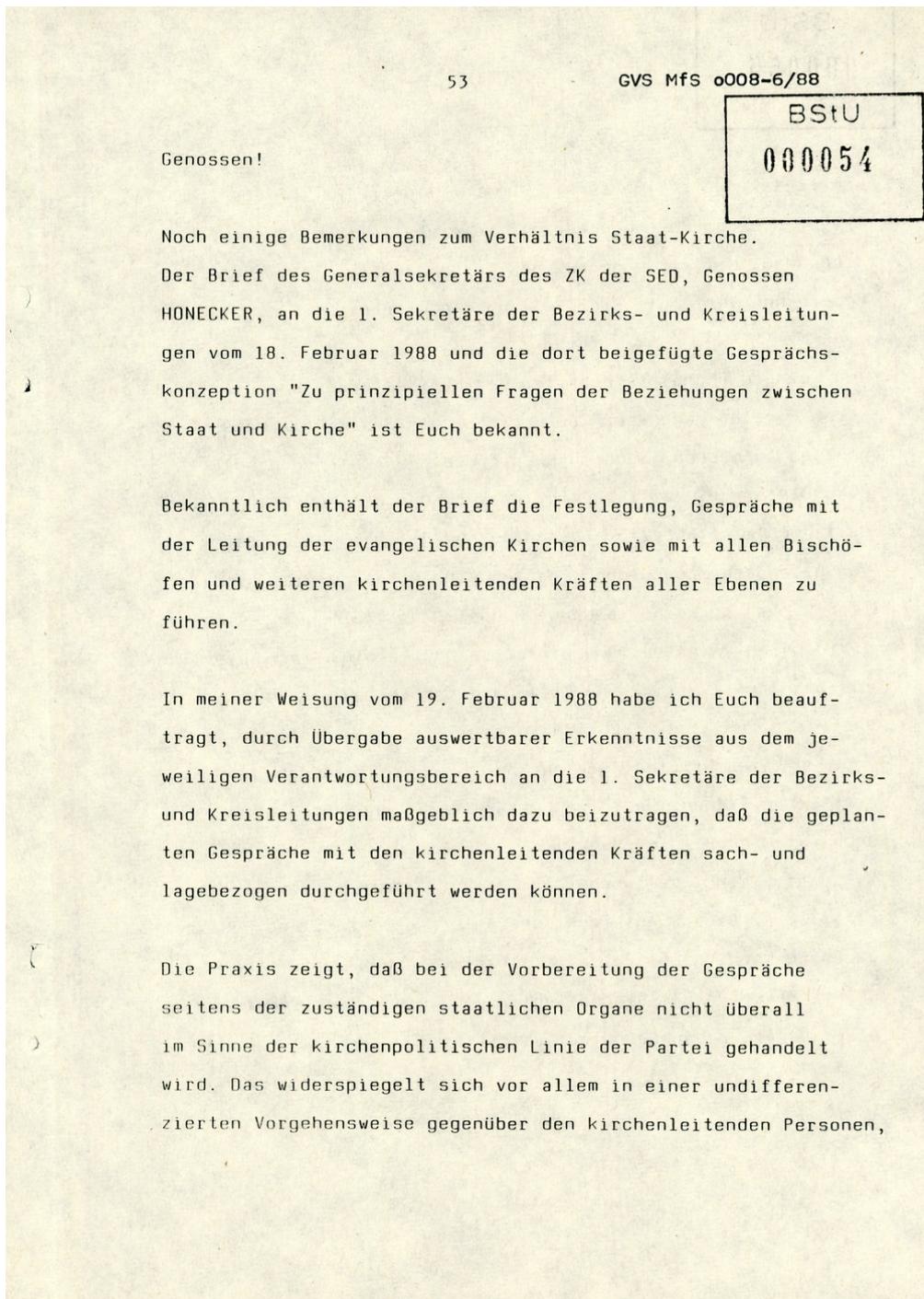
Das alles - auch in Verbindung mit den bereits gemachten Ausführungen zur Übersiedlungsproblematik - kann bzw. wird zu nicht zu unterschätzenden Veränderungen der politisch-operativen Lage führen.

Die politisch-operative Sicherung dieses Privatreiseverkehrs hat auch unter den veränderten Bedingungen auf der Grundlage meiner Dienstanweisung Nr. 4/85 sowie meiner Weisung vom 8. 1. 1986 zu erfolgen.

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



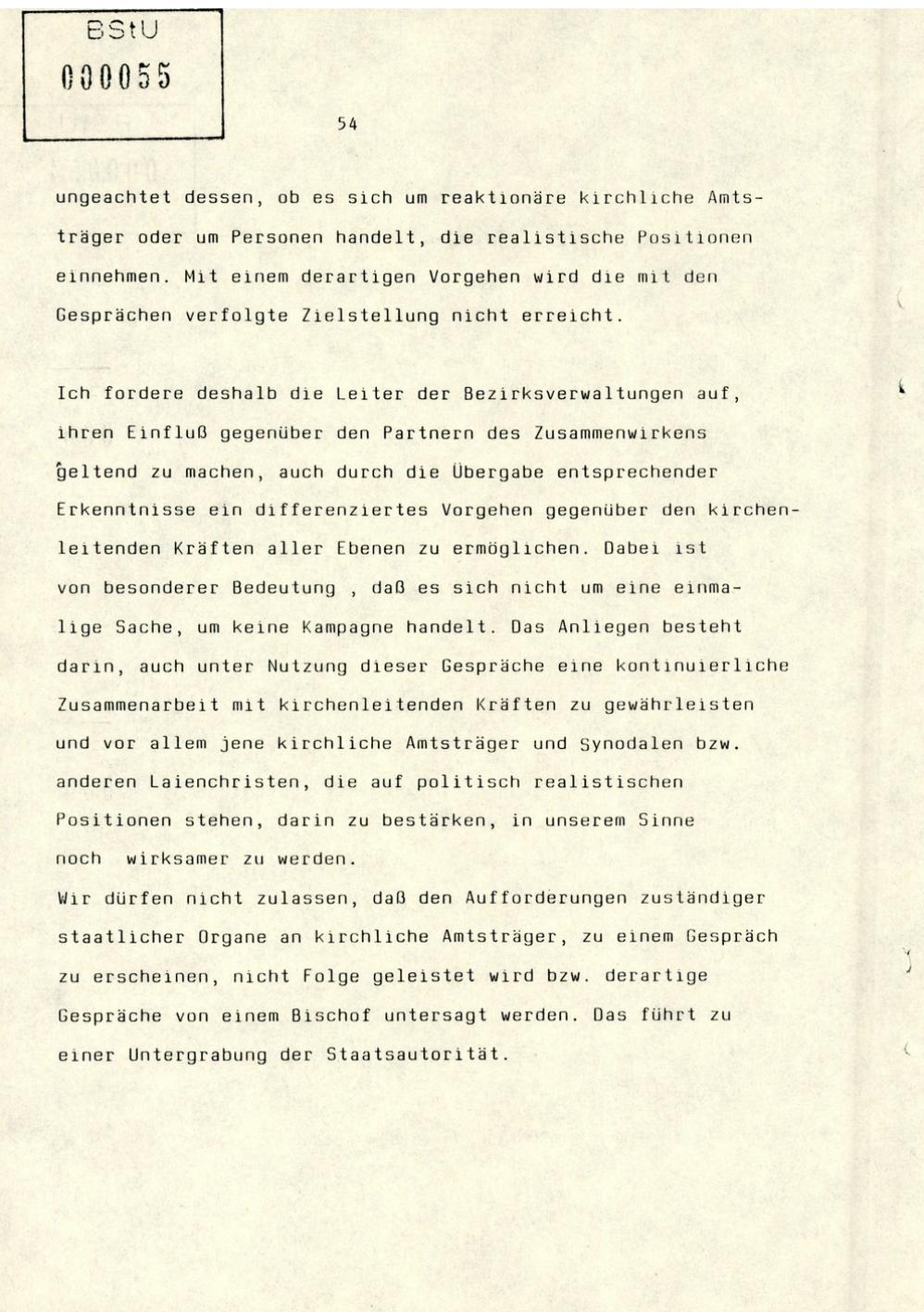
Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

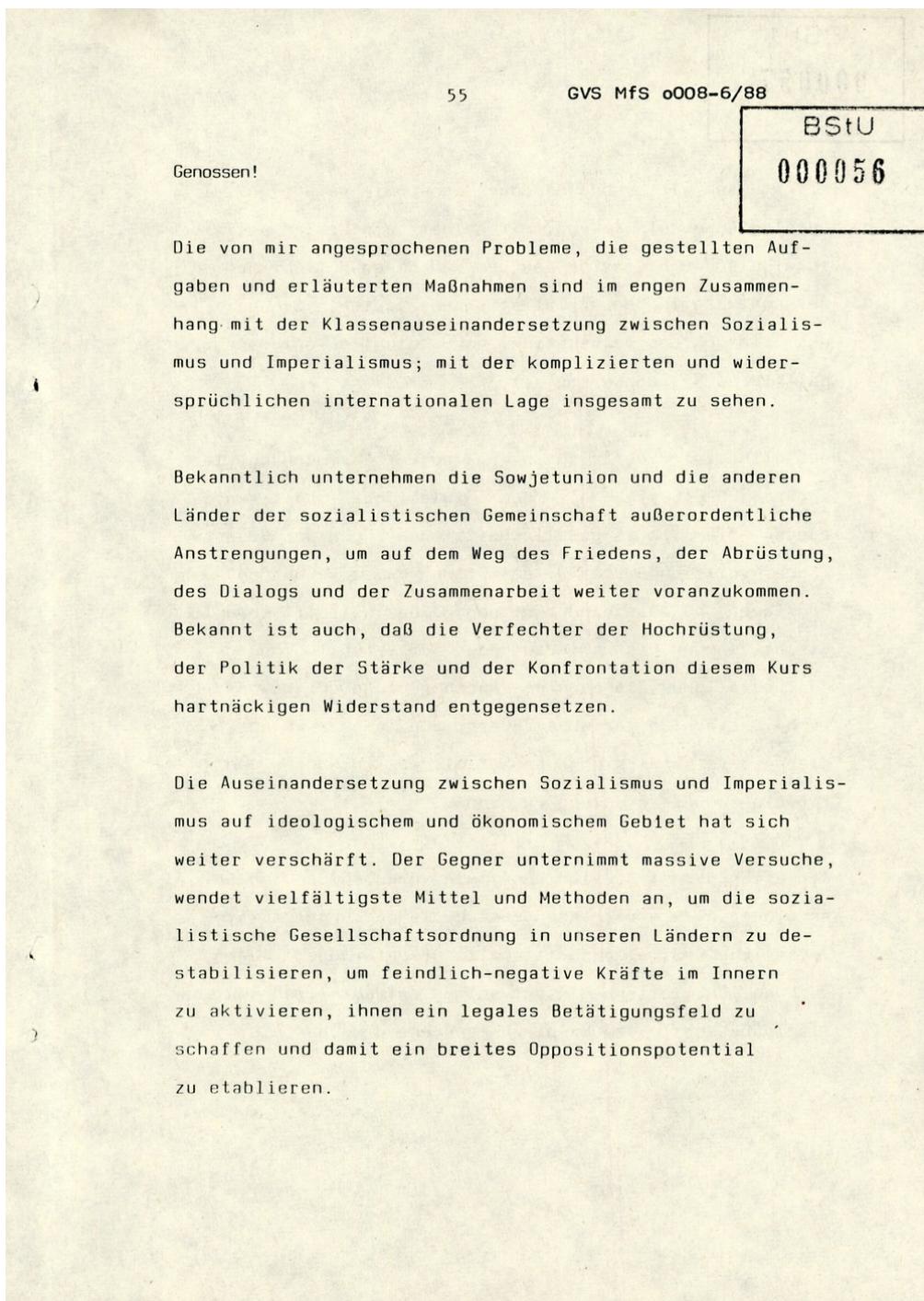
Blatt 54

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 55

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 56

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung

BStU

000057

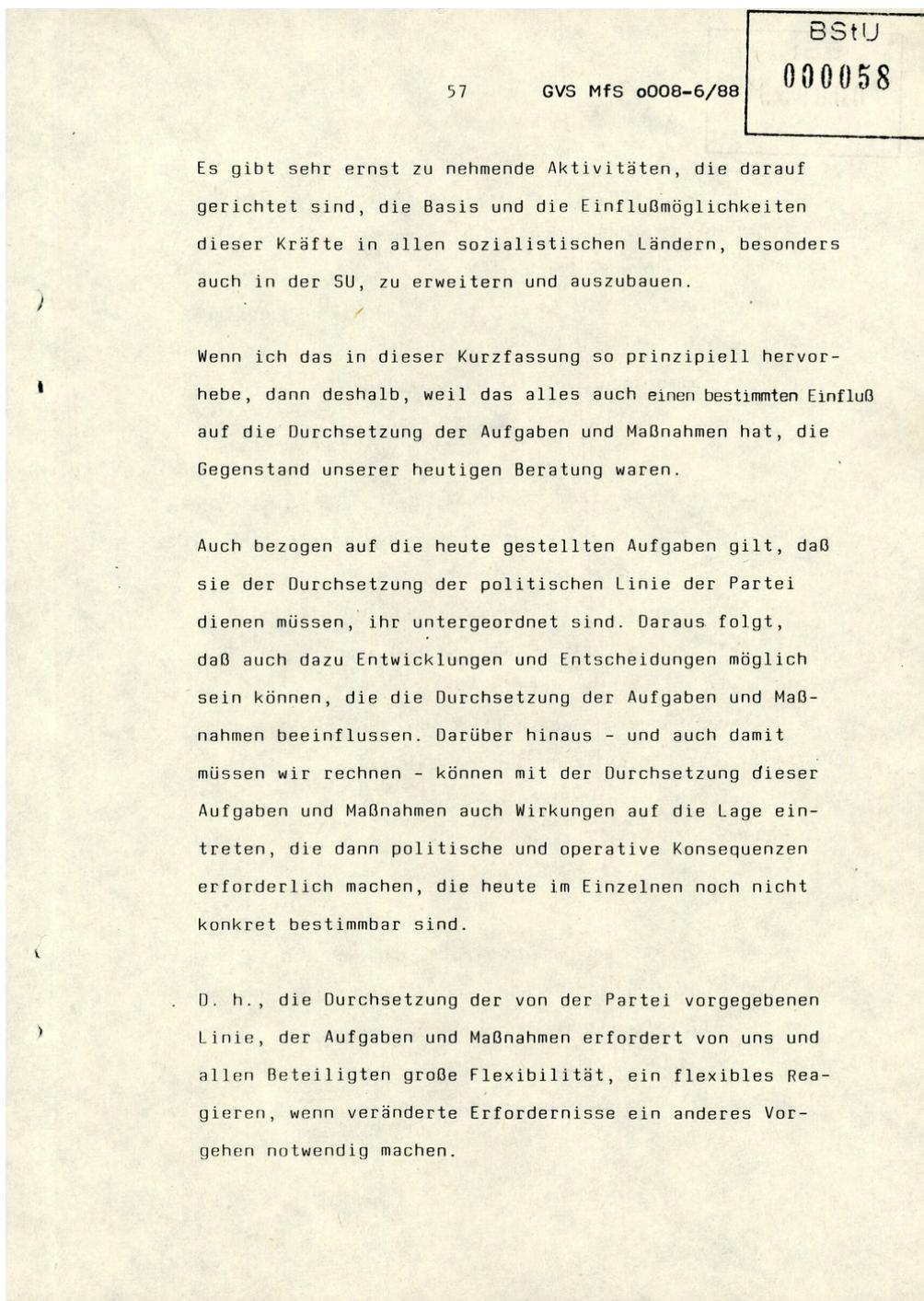
56

Klar müssen wir sehen, daß der Gegner mit seiner gezielten ideologischen Einwirkung, mit seiner verstärkten politisch-ideologischen Diversion und dem zunehmenden Mißbrauch der Kontakte in den sozialistischen Staaten, auch bei uns, wie ich das verdeutlicht habe, nicht zu unterschätzende politische Wirkungen erzielt.

- Das alles vollzieht sich in einem engen Zusammenhang, in enger Wechselbeziehung zu den Entwicklungen und Veränderungen, die sich im gesellschaftlichen Leben der Bruderländer vollziehen, vor allem mit den damit verbundenen Problemen und Auseinandersetzungen. Das betrifft sowohl die Bestimmung des weiteren Weges zur Vervollkommenung des Sozialismus als auch die Durchkreuzung der wesentlich verstärkten Versuche äußerer und innerer Feinde, die weitere Entwicklung des Sozialismus zu stören und ihr eine andere Richtung zu geben.

Wir erleben fast täglich bestimmte Vorkommnisse und Erscheinungen, wie von außen gesteuerte und unterstützte feindliche Kräfte, oppositionelle Gruppierungen, aber auch nationalistische, nicht selten extremistische nationalistische Kräfte ihr Haupt zu erheben versuchen.

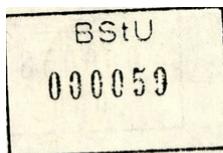
Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 58

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



58

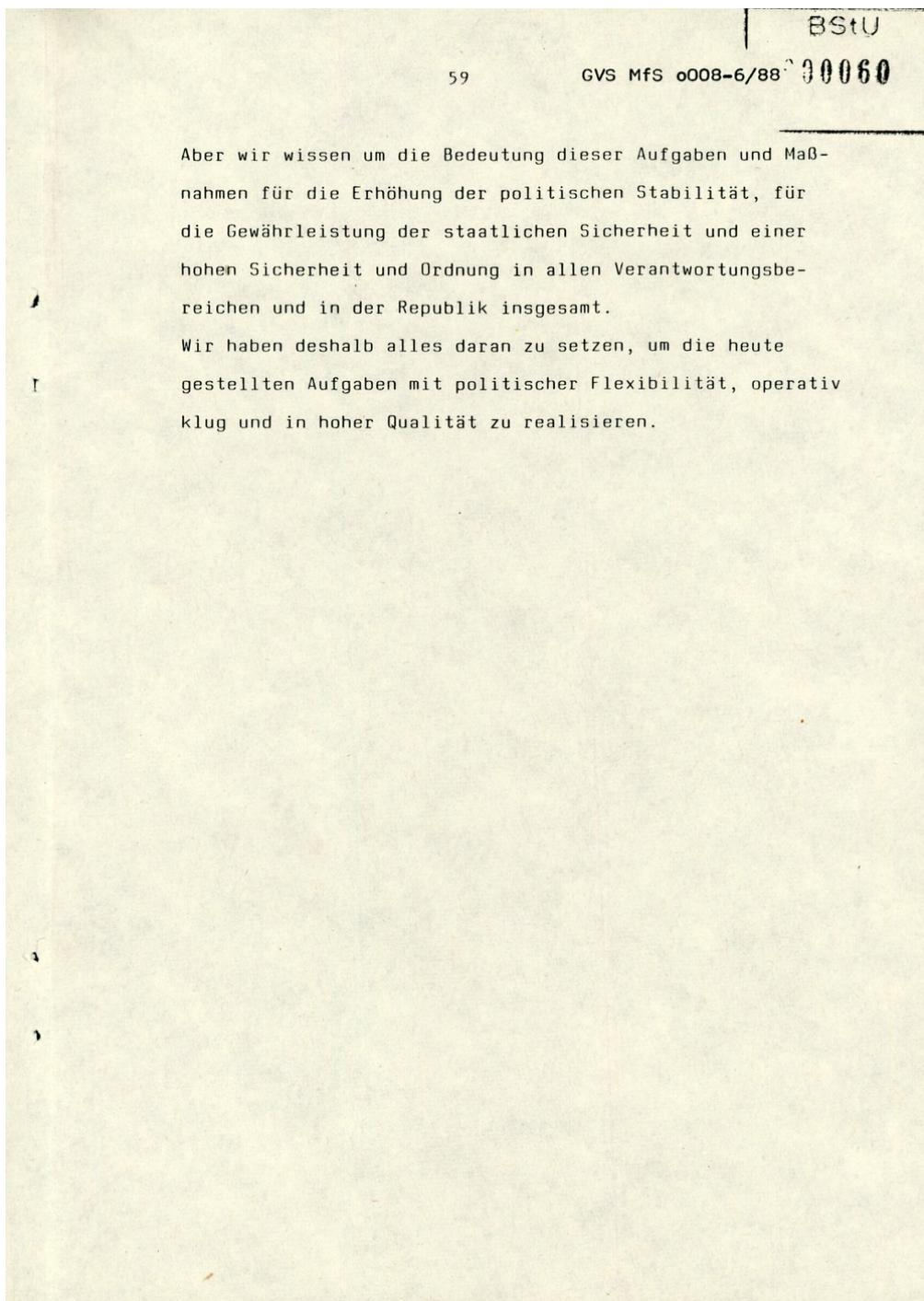
Eine wichtige Voraussetzung für die richtige Um- und Durchsetzung der Maßnahmen ist die strikte Geheimhaltung in allen einbezogenen Organen. Nichts darf vorher durchsickern, damit der Gegner und innere feindlich-negative Kräfte keine Möglichkeit erhalten, sich schon darauf einzustellen, also schon vor dem Wirksamwerden der Maßnahmen ihre Pläne und ihr Handeln darauf auszurichten.

Ich betone das mit allem Nachdruck, damit das in allen Diensteinheiten des MfS, aber auch in den anderen Organen des Zusammenwirkens gesichert wird.

Natürlich müssen die Leiter und Mitarbeiter mit dem heute Festgelegtem vertraut gemacht und richtig darauf eingestellt werden. Das muß aber so erfolgen, daß wir das Heft des Handelns jederzeit in der Hand behalten und nicht durch Verletzung der Geheimhaltung, durch ein Breittrampeln in der Öffentlichkeit die Wirksamkeit der Maßnahmen beeinträchtigen und unsere Handlungsmöglichkeiten einengen.

Ich denke, wir stimmen darin überein, daß es sich um politisch sehr bedeutsame Maßnahmen handelt, die zugleich kompliziert und mit hohen Anforderungen verbunden sind, wenn man die Lage in Betracht zieht, in der wir sie realisieren müssen.

Referat Erich Mielkes zur "Übersiedlung" auf einer Dienstbesprechung



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 5996, Bl. 1-60

Blatt 60